Zum EG-Beitritt Spaniens Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 2. September 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

8000 demonstrieren in Bremen. IGM-Apparat sabotiert Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Durch revolutionären Klassenkampf Arbeitsplätze verteidigen

Am Donnerstag vergangener Woche demonstrierten in Bremen 8.000 Kollegen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit, gegen Massenentlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung. In drei Marschsäulen zogen die Kollegen zum Marktplatz, wo eine Großkundgebung abgehalten wurde. In den Bremer Betrieben wuchsen in letzter Zeit immer mehr die Unruhe und Empörung über die skrupellosen Angriffe der Kapitalisten. Es wuchs die Entschlossenheit zum Kampf gegen die hemmungslose Arbeitsplatzvernichtung. In einer Reihe von Großbetrieben planen die Konzernherren große Massenentlassungen. Allein bei VFW-Fokker, einem Rüstungsbetrieb der Flugzeug- und Raumfahrtindustrie, sind durch die geplante Fusion mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) 5.000 Kollegen von Entlassung und Arbeitslosigkeit bedroht, darunter zweitausend bis dreitausend Angestellte aus dem Entwicklungsbereich, die keine Chance haben, in ihrem Beruf wieder eine Arbeitsstelle zu bekommen.

Auch auf den Werften, auf der Klöckner-Hütte und in anderen Betrieben müssen die Kollegen den Kampf gegen geplante oder bereits in Gang gesetzte Massenentlassungen führen. Aber steht der IGM-Apparat, der zu der Aktion aufgerufen hatte, und dessen Vertreter auf der Großkundgebung sprachen, in diesem Kampf wirklich auf der Seite der Arbeiter und kleinen Angestellten? Sind die DGB-Bonzen und D„K"P-Revisionisten, die Verrätercliquen, die in den Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern das Heft in der Hand haben, etwa Vorkämpfer für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze?

Nein! Lassen wir uns nichts vormachen! Der DGB-Apparat und die revisionistischen Arbeiterverräter sind zwar in Worten Gegner der Arbeitsplatzvernichtung und der Massenentlassungen. In Taten jedoch erweisen sie sich als Handlanger und Agenten der Kapitalisten, die jeden konsequenten Kampf, der den Kapitalisten echte Schläge versetzen könnte, abwiegeln und verhindern wollen.

Das zeigte sich gerade in letzter Zeit wieder deutlich auf der Klöckner-Hütte, wo die Bosse schon vor einiger Zeit ankündigten, daß 400 bis 500 Kollegen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen auf die Straße fliegen sollen. „Keiner einzigen Entlassung wird zugestimmt" erklärten die Arbeiterverräter um den D„K"P-Bonzen und Betriebsratsvorsitzenden Röpke. Aber während sie sich mit solchen radikalen Tönen in der Belegschaft Vertrauen zu erschleichen versuchten, bereiteten sie gleichzeitig hinter den Kulissen den Verrat vor. Inzwischen haben sie mit den Klöckner-Bossen einen Sozialplan ausgemauschelt, der vorsieht, daß 270 Kollegen mit einem Alter von über 58 Jahren vorzeitig in Rente gehen sollen.



8.000 Menschen demonstrierten am 25. 8. 77 in Bremen gegen wachsende Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung.

Damit sind sie dem Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze offen in den Rücken gefallen und haben den Weg gebahnt für die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze, für noch erheblich schärfere Angriffe und Massenentlassungen auf der Klöckner-Hütte, die von den Klöckner-Kapitalisten mit Sicherheit vorbereitet werden. Ein Betriebsratsmitglied begründete diesen Verrat mit den Worten: „... Wir wollen keine schlafenden Hunde wecken, wir wollen Ruhe im Betrieb."

Warum organisiert der IGM-Apparat aber überhaupt Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Arbeitslosigkeit, wenn er in Wahrheit gegen den Kampf der Arbeiter ist? Er ist praktisch dazu gezwungen, wenn er nicht riskieren will, daß die Kollegen auch auf eigene Faust, ohne und gegen die Bonzen und Arbeiterverräter den Kampf aufnehmen. Sich an die Spitze der Bewegung setzen mit dem einzigen Ziel, den Kampf abzuwürgen oder ihn in Bahnen zu lenken, die den Kapitalisten und ihrem

Fortsetzung auf Seite 5

Provokation!

Drei Tage, nachdem über die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen die ersten Meldungen über einen gescheiterten Anschlag auf den neuen Generalbundesanwalt Rebmann verbreitet worden waren, drei Tage, nachdem als verantwortlich für diesen Anschlag eine „Aktion der Roten Armee Fraktion" genannt worden war, verbreiteten die gleichen bürgerlichen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen die Meldung, daß sich eine „Bewegung Roter Morgen" telefonisch gemeldet und die Verantwortung für diesen Anschlag übernommen habe.

Diese Meldung ist eine gezielte Provokation! Genauso wie im Fall des Attentats auf den Bankier Ponto, genauso wie bei der „Entführung" des Kriegsverbrechers Kappler soll sie dazu dienen, die KPD/ML und ihr Zentralorgan, den „Roten Morgen", zu kriminalisieren, ein Klima zu schaffen, in dem man auch gegen sie im Rahmen der schon seit Jahren von der Bourgeoisie geschürten „Terroristenhysterie" Jagd machen kann. Die Masche ist bekannt — von damals, als der Reichstag brannte und die gesamte gleichgeschaltete Presse tobte: Es waren die Kommunisten!

Natürlich können wir nicht verhindern, daß sich auch in Zukunft wieder ein Herr vom Bundeskriminalamt, vom Verfassungsschutz, ein Agentprovokateur oder einfach ein armer Irrer nachts am Telefon als „Befreiungsbewegung Roter Morgen" bei einer Nachrichtenagentur oder bei der Polizei meldet, daß er üble Hetzflugblätter mit dem Kopf der KPD/ML druckt und verbreitet, wie es in Brokdorf im Frühjahr dieses Jahres der Fall war — aber genauso wenig können sie und die bürgerlichen Soldschreiberlinge in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Presse verhindern, daß ihre Hetze eines Tages die Antwort bekommt, die sie verdient.



Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag 1977

Bielefeld: 4. 9., 18 Uhr, Gaststätte „Zum Eggetal", Arthur-Ladebeck-Straße
Bochum: 3. 9., 19 Uhr, Gaststätte Hölscher, Wattenscheid, Hochstraße 100
Bremen: 2. 9., 19,30 Uhr, Gaststätte Werdenhofer, Grenzwehr
Dortmund: 2. 9., 19 Uhr, Jakobsschänke, Weißenburgerstraße
Duisburg: 1. 9., 19,30 Uhr, Ratskeller, Hamborn, Duisburger Straße
Essen: 4. 9., 16 Uhr, Margaretenhöhe, Gaststätte „Zur Altenau", Altenau 10
Flensburg: 3. 9., 19 Uhr, Deutsches Haus
Freiburg: 1. 9., 20 Uhr, Hotel Sonne, Baseler Straße
Friedrichshafen: 4. 9., 15 Uhr, Paulinenhof
Hamburg: 10. 9., 17 Uhr, Elbhalle, Finkenwerder, Norderdeich 14
Hannover: 3. 9., 18 Uhr, Haus der Jugend, Terrassensaal
Heidenheim: 3. 9., 19 Uhr, Sonneneck, Friedensstraße
Heilbronn: 1. 8., 19,30 Uhr, Göckingen, Gaststätte „Post", Querstraße
Kassel: 4. 9., 19 Uhr, Bürgerschenke, Wehlheiderkreuz
Köln: 3. 9., 16 Uhr, Gaststätte Mathildenhof, Deutz, Mathildenstraße
Ludwigshafen: 3. 9., 16 Uhr, Gaststätte „Deutsches Haus", Weinheim, Friedrichstr. 3
München: 3. 9., 18 Uhr, Gaststätte „Bruder Barnabas", Bereiteranger
Münster: 2. 9., 20 Uhr, Gaststätte „Goldenes U", Kampfstraße 26
Reutlingen: 2. 9., 19,30 Uhr, „Nürtinger Hof, Nähe Kalbfellhalle
Saarbrücken: 3. 9., 19 Uhr, Gasthaus „Korns Stuben", Martin-Luther-Straße (nähe LVA)
Singen: 1. 9., 19 Uhr, Cafe Lusch, Rielasinger Straße
Stuttgart: 3. 9., 16 Uhr, Eduard-Pfeiffer-Haus, Heusteigstr. 45
Westberlin: 3. 9., 16 Uhr, Gesellschaftshaus, Neukölln, Karl-Marx-Straße
Wiesbaden: 3. 9., 19.30 Uhr, Gaststätte „Turnhalle", Bieberich, Rathenauplatz

Stobbe bei Carter

US-Imperialismus als Schutzmacht?

Vier Monate nach seinem Amtsantritt hat der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Stobbe, seinen Antrittsbesuch in Washington gemacht. Kaum von seiner Reise zurückgekehrt, pries Stobbe den Chef der Administration des amerikanischen Imperialismus in den höchsten Tönen als Garanten der „Freiheit Westberlins". Stobbe hat damit allerdings nicht für die Westberliner Werktätigen gesprochen, sondern für den westdeutschen Imperialismus, der als Handlanger und Komplize des amerikanischen Imperialismus von der Erfüllung seiner revanchistischen Ziele träumt.

Der amerikanische Imperialismus als „Garant der Freiheit"? Die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte hat schlagend bewiesen, daß der amerikanische Imperialismus mit der Losung von „Freiheit und Demokratie" überall auf der Welt die Freiheit der Völker mit brutalsten Mitteln unterdrückt hat. Von der Aggression in Korea über den völkermörderischen Krieg gegen die Völker Indochinas, die Invasion in die Dominikanische Republik, die Organisierung der faschistischen Putsche in Indonesien, Chile und anderen Ländern bis hin zu den Schlachtfeldern im Libanon zieht sich die Blutspur des amerikanischen Imperialismus.

Mit Billigung der deutschen Monopolbourgeoisie haben die amerikanischen Imperialisten nach dem zweiten Weltkrieg unser Land militärisch besetzt und in eine riesige Waffenkammer verwandelt. Sie sind verantwortlich für die Spaltung der deutschen Nation. Solange die Sowjetunion, die anderen volksdemokratischen Länder Osteuropas und die DDR noch sozialistische Länder waren, in denen die Diktatur des Proletariats existierte, war Westdeutschland für die amerikanischen Imperialisten Aufmarschgebiet für eine Aggression gegen den Sozialismus. Westberlin spielte dabei eine besondere Rolle.

Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR, und die amerikanischen Imperialisten bauten es gemeinsam mit den westdeutschen Monopolherren zum Spionage- und Diversionszentrum gegen die DDR aus. Auf den Bajonetten des amerikanischen Imperialismus wurden die Westberliner Werktätigen der kapitalistischen Ausbeutung durch die westdeutsche Bourgeoisie unterworfen. Westberlin selbst wurde unter Bruch des Potsdamer Abkommens mehr und mehr zum festen Bestandteil der Bundesrepublik gemacht.

Mit der Entartung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht und der DDR zu einem bürgerlichen kapitalistischen Staat wurde Westberlin zum Objekt des Schachers zwischen den beiden imperialistischen Supermächten. Die Machthaber in der Sowjetunion erkannten Westberlin als Bestandteil der Bundesrepublik an und gaben dem westdeutschen Imperialismus damit eine Trumpfkarte in die Hand. Gleichzeitig stellt der sowjetische Sozialimperialismus als aggressive imperialistische Macht natürlich auch eine Bedrohung für Westberlin dar.

Im Programm unserer Partei heißt es deshalb: *„Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR. Solange die DDR ein sozialistischer Staat war, kämpften die deutschen Kommunisten deshalb für den Anschluß Westberlins an die DDR. Mit der vollständigen kapitalistischen Entartung der DDR und ihrer Versklavung durch den russischen Sozialimperialismus liegt ein Anschluß Westberlins an die DDR nicht mehr im Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen Westberlins. Die KPD/ML bekämpft deshalb alle Annexionsversuche des russischen Sozialimperialismus gegenüber Westberlin. Sie bekämpft zugleich alle Versuche des westdeutschen Imperialismus, sich Westberlin vollständig einzuverleiben."*

Die westdeutschen Imperialisten und ihre Nachbeter wollen dagegen den Werktätigen die amerikanische Supermacht als „Schutzmacht" vor dem sowjetischen Sozialimperialismus verkaufen. Stobbe ging sogar so weit, Carter zu versichern: „Berlin ist auch Ihre Stadt." Und Carter beeilte sich, Stobbe zu versichern, er werde auf jeden Fall nach Westberlin kommen, um dort, im Stile eines Kennedy, demagogische Reden vom Stapel zu lassen, um die amerikanische Besetzung Westberlins zu rechtfertigen. Er versprach zugleich, für die Errichtung neuer US-Betriebe in Westberlin zu sorgen, die dort mit Hilfe zahlreicher Steuer- und anderer Vergünstigungen auf Kosten der Westberliner Werktätigen Riesenprofite scheffeln können.

Die Politik der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten ist klar: Sie benutzen die Bedrohung Westberlins durch die sowjetischen Sozialimperialisten, um die Stadt fester in ihren Griff zu bekommen, um sich Westberlin vollständig einzuverleiben und die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung gegenüber den Westberliner Werktätigen als „Reich der Freiheit" hinzustellen.

Die wirkliche Freiheit allerdings, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus, können die Westberliner Werktätigen gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern in Westdeutschland und in der DDR nur durch die proletarische Revolution erringen, durch den Sturz der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus und die Vertreibung der amerikanischen und anderen imperialistischen Besatzer aus ihrer Stadt.

Kappler-Entführung

Bonn hat mitgeholfen

Jetzt wird die dreiste Entführung des faschistischen Massenmörders Kappler auch noch vermarktet! Seine Frau hat die Kappler-Story für eine ungenannte Summe an eine Hamburger Agentur verkauft. Als Vermittler dieses Geschäfts ist der Soltauer Bürgermeister Rothardt aufgetreten, derselbe, dem die „Bild"-Zeitung breiten Raum für seine Hetze gegen Antifaschisten gewährte, um damit den Eindruck zu erwecken, als stünde ganz Soltau, wo Kapplers Frau lebt, hinter dem Geiselmörder.

Aber diese neue Provokation stößt auf die tiefe Abscheu der Werktätigen. Sie wollen nicht nach den Propagandafilmen für Hitler und Heydrich, nach den Goebbels-Tagebüchern und all dem anderen Dreck auch noch die Kappler-Memoiren im Fernsehen oder in den Illustrierten präsentiert bekommen.

Auch in Italien hält die Empörung über die beispiellose Arroganz an, mit der die Bonner Imperialisten die Gefühle des italienischen Volkes, vor allem der Opfer des faschistischen Mordterrors beleidigen, indem sie sich kaltschnäuzig weigern, gegen den Geiselmörder zu ermitteln, geschweige denn ihn auszuliefern.

Inzwischen sind auch weitere Tatsachen über eine direkte Beteiligung der Bonner Staatsorgane an der Entführung Kapplers bekannt geworden. So gab der Anwalt des Massenmörders, Cuttica, zu: „Einen Teil der Reisekosten von Frau Kappler (die sich auf über 100.000 DM belaufen — RM) hat sogar die Bonner Regierung getragen." Unterstützung erhielt sie auch von dem Wuppertaler SPD-Abgeordneten Scheu, und zwar, wie er selbst sagte, „mit allen mir zurVerfügung stehenden Mitteln".

Bei der Entführung selbst mischten auch Angehörige westdeutscher Geheimdienste mit. Darauf hatte schon der mit den Untersuchungen beauftragte italienische General Foscolo hingewiesen. Jetzt brüstete sich der ehemalige SS-Offizier Marloh, der mit seinen faschistischen Kumpanen die Fluchtwege für Kappler vorbereitete, er hätte dabei die Hilfe von Freunden im Bundesnachrichtendienst gehabt.

Alle lauen Dementis aus Bonn können die Tatsachen nicht verhüllen: Es ist der Staat der westdeutschen Imperialisten, der den faschistischen Massenmörder Kappler seiner gerechten Strafe entzogen hat. Wie immer, wenn der Bonner Imperialismus seine menschenfeindliche Fratze gezeigt hat, wenn er von den Völkern seiner Verbrechen angeklagt wird, so wird auch jetzt wieder Ex-Bundeskanzler Brandt ins Feld geschickt. Auf dem Höhepunkt der Empörung über die Bonner Unterstützung für den Geiselmörder Kappler schickte Brandt einen Brief an Schmidt, in dem er vor den „Umtrieben der Rechtsradikalen" warnte. Der Zweck dieses Unternehmens ist offensichtlich: Hier sollen die Wogen der Empörung gedämpft, soll der Eindruck erweckt werden, als seien ausgerechnet die Bonner Politiker besorgt über das freche Auftreten der faschistischen Gruppen in der Bundesrepublik, als würden sie schon energische Schritte dagegen unternehmen.

Aber wie sieht es denn wirklich aus? Man braucht sich nur das Kappler-Haus in Soltau anzusehen: Neben den Kriminalbeamten sind dort Faschisten aufgezogen, schwarzgekleidet im Stil der SS, um dort gemeinsam mit den Polizisten den Schutz des Anwesens zu übernehmen. Hunderte von Nazis rotten sich zu Jubelkundgebungen für den Geiselmörder dort zusammen, während ein Aufmarsch von Antifaschisten von der Polizei behindert wird. Und was Brandt, diesen berufsmäßigen Heuchler, angeht, sollte man sich an das erinnern, was er als Bundeskanzler über Kappler gesagt hat: „Ich habe mir den Mund fusselig geredet, um einen Mann aus einem italienischen Gefängnis herauszubekommen. Daß nun einer, der ziemlich stark in böse Sachen hineingeraten ist, immer noch bei seinen ehemaligen Verbündeten einsitzt, leuchtet mir nicht ein."

Ob Brandt, ob Schmidt oder die Richter und Staatsanwälte der westdeutschen Klassenjustiz: Für sie sind die grauenhaften Verbrechen des Hitlerfaschismus nur „böse Sachen". Und jemanden, der da hineingerät, den verurteilt man nicht. Und so bemüht man sich eben um die Freilassung eines Kappler und hilft auch nach, wenn es sein muß. So läßt man einen Maywald und wie die KZ-Schergen und SS-Mörder alle heißen, einfach laufen. Denn sie haben ja auch nur ihre Pflicht im Dienste der Krupp, Flick und Thyssen getan.

Gewiß, die Bundesrepublik von heute ist kein faschistischer Staat. Aber wenn diese Monopolherren ihre Macht durch den Klassenkampf des Proletariats gefährdet sehen, dann werden sie ihre demokratische Maske ablegen und versuchen, wie schon einmal, ihre blutige faschistische Diktatur über das Volk zu errichten. Deshalb müssen sie und ihr Bonner Staat entschieden bekämpft werden. Denn nur, indem wir sie in der proletarischen Revolution niederschlagen und ihren Staat vernichten, können wir die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur verhindern.

Kurz berichtet

BREMEN

In Bremen ist jetzt die erste Ausgabe der Betriebszeitung der KPD/ML für die Lürssen-Werft erschienen. „De Wohrheit" beschäftigt sich in ihrer ersten Nummer mit den zum Herbst auf der Werft geplanten Massenentlassungen, die Gerüchten zufolge 50% der gesamten Belegschaft betreffen sollen. Die Zeitung ruft die Kollegen der Werft, die vorwiegend für die Rüstung arbeitet, zum Kampf gegen die Massenentlassungen auf, der sich nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat richten muß. In einem weiteren Artikel enthüllt „De Wohrheit" anhand der verstaatlichten Werften den Charakter des bürgerlichen Staates als Ausbeutungsinstrument der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Die erste Ausgabe der Betriebszeitung der KPD/ML wurde von den Kollegen interessiert gelesen.



MÜNSTER

Kürzlich hat die Rote Garde in Münster einen Kulturabend zur Großen Proletarischen Kulturrevolution in der VR China durchgeführt. Nach einem einleitenden Referat wurde an mehreren Beispielen aus dem Kunst- und Kulturbereich die Bedeutung der Kulturrevolution deutlich gemacht. So wurde die Peking-Oper „Eine rote Signallaterne" vorgestellt und mit den alten reaktionären Opern verglichen. Anhand von Bauernmalereien und Holzschnitten wurde das Aufblühen der Massenkunstbewegung in der Kulturrevolution gezeigt. Außerdem wurde eine Szene aus dem Film „Frühlingssprossen" vorgeführt und das Gedicht Genossen Mao Tsetungs „Gespräch zweier Vögel", in dem er die modernen Revisionisten geißelt, vorgetragen.

DORTMUND/WITTEN

Auch in Dortmund und Witten ist jetzt der reaktionäre Film Joachim Fests „Hitler — eine Karriere", in dem der Faschismus verherrlicht wird, angelaufen. In beiden Städten verteilten Genossen der Partei zu den Vorstellungen Flugblätter, in denen der reaktionäre Charakter des Films enthüllt wird. Empörte Werktätige hatten außerdem die Schaukästen des Kinos in Witten, in dem der Film läuft, mit Wandzeitungen beklebt, in denen die Absetzung des Films gefordert wird.

LINGEN

Am 6. August hat die Bundeswehr in Lingen einen sogenannten „Tag der offenen Tür" durchgeführt, um Werbung für den imperialistischen Krieg zu machen. Aber auch die Rote Garde nutzte diese Möglichkeit für die Propaganda gegen den imperialistischen Krieg. Und so fanden die Besucher neben dem Material der Bundeswehr in den Fahrzeugen, Zimmern, Fluren, Toiletten usw. auch ein Flugblatt der Roten Garde und Aufkleber gegen den imperialistischen Krieg.

Offen gesagt ...

Im Sumpf des Antikommunismus

Die „Gruppe Rote Fahne" (GRF) ist offenbar auf einem Punkt angekommen, in der es ihr auf eine Lüge mehr oder weniger über unsere Partei nicht mehr ankommt. Aber bekanntlich haben Lügen kurze Beine . . .

In der „Roten Fahne" Nr. 34/77 finden wir auf Seite 3 den Artikel „Manifestationen gegen Kriegsgefahr und Fremdherrschaft". Dort heißt es: „Während die modernen Revisionisten der DKP und SEW, unterstützt von verschiedenen Opportunisten bis hin zum ‚Roten Morgen', den 1. September unter dem Motto ‚Kampftag gegen die Neutronenbombe' dazu benutzen, vom sowjetischen Sozialimperialismus als gefährlichster Quelle eines neuen Weltkrieges abzulenken, organisiert unsere Partei . . . Protestveranstaltungen zum 9. Jahrestag des sozialimperialistischen Überfalls auf die Tschechoslowakei."

Die Führer der GRF kennen natürlich die Linie unserer Partei ganz genau. Sie haben auch sicher das zentrale Flugblatt unserer Partei zum Roten Antikriegstag gelesen. Sie wissen genau, daß der 1. September der Kampftag gegen den imperialistischen Krieg ist, denn sie haben ja selbst in den vergangenen Jahren teilweise gemeinsam mit unserer Partei an diesem Tag gegen den imperialistischen Krieg demonstriert.

Unsere Partei kämpft unter der Losung „Krieg den imperialistischen Kriegen" gegen die beiden imperialistischen Supermächte als die Hauptkriegstreiber, gegen die von ihnen geführten Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt, für die Vertreibung der Supermächte von deutschem Boden, gegen die ostdeutschen Vasallen Moskaus und die westdeutschen Imperialisten mit dem Ziel der proletarischen Revolution in ganz Deutschland für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Das schließt natürlich auch den Kampf gegen die Atomwaffen, Neutronenbomben und anderen Massenvernichtungsmittel, die auf deutschem Boden in Ost und West lagern, ein. Jeder, der lesen kann, kann diese, unsere marxistisch-leninistische Linie gut verstehen und erkennen, daß sie mit dem revisionistischen „Kampftag" nicht das geringste zu tun hat.

Die Lügen der „Roten Fahne" über unsere Partei haben ihren Grund in der antileninistischen Politik der GRF, die auf der „Theorie der drei Welten" beruht, in ihrem Haß auf den Marxismus-Leninismus. Es ist natürlich das gute Recht der GRF, Veranstaltungen zum 21. August durchzuführen. Aber es kommt eben auf die Linie an.

Die GRF hat den Kampftag gegen den imperialistischen Krieg aufgegeben und ihn durch einen „Kampftag gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" ersetzt. Wobei die GRF so tut, als ob die Kriegsgefahr heute allein von Moskau ausginge und kein Wort über den USA-Imperialismus verliert (dessen Besatzertruppen sie mitsamt der NATO ja schon vor einiger Zeit zu Garanten gegen eine sozialimperialistische Aggression hinzustellen versuchte). Wobei sie beschwörende Appelle an die westdeutsche Bourgeoisie richtet, mit der „Beschwichtigungspolitik" aufzuhören, was im Klartext bedeutet, die verstärkte Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus zu propagieren. Wobei sie sich nicht scheut, Hand in Hand mit so eingefleischten Antikommunisten wie den „Listy-Blättern" zu marschieren (in deren Spalten es z. B. heißt: „Terror der stalinistischen Zeit"; „. . . die brutale Beseitigung der bedeutendsten revolutionären Köpfe durch Stalin", und in denen das „unsagbare Leid der einfachen Sowjetmenschen" in der sozialistischen Sowjetunion Stalins beklagt wird), die den Veranstaltungen der GRF eine Grußadresse geschickt haben.

Hand in Hand mit Antikommunisten übelster Art, macht sich die GRF zum sozialchauvinistischen Propagandisten für ein vereintes, imperialistisches Deutschland unter der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus und, als Partner, des USA-Imperialismus, während sie den Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien und der Arbeiterklasse als „zeitgemäßen Ausdruck des Trotzkismus" beschimpft. Jeder mag selbst darüber urteilen, in welchem Lager diese Leute stehen, wohin die „Theorie der drei Welten" führt.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Rudolf Bahro-ein Antikommunist

Mit Hilfe des Propagandaapparats der westdeutschen Bourgeoisie konnte Rudolf Bahro, SED-Mitglied und Wirtschaftsfunktionär in Ostberlin, seine Ansichten über die DDR weit und breit bekanntmachen. Die Fernsehanstalten ARD und ZDF sendeten ausführliche Interviews mit ihm und auch verschiedene Radioanstalten wie RIAS Berlin usw. befragten Bahro nach seinen Ansichten. Alle bürgerlichen Zeitungen berichteten ausführlich und lobend über ihn, allen voran der „Spiegel", der gleich einen Auszug aus seinem Buch „Die Alternative — Zur Kritik des real existierenden Sozialismus" abdruckte. Das Buch wird in Kürze bei der DGB-eigenen Europäischen Verlagsanstalt erscheinen. Wenn der gleiche westdeutsche Propagandaapparat, der über uns Kommunisten nur Verleumdungen, Lügen und Hetze verbreitet, diesen „Kommunisten" Bahro, diesen langjährigen und gutgestellten SED-Funktionär so ins Herz schließt, dann ist das Grund genug zu fragen, um wen es sich bei Bahro handelt.

Zwar behauptet Bahro, er sei ein Marxist und sein Buch eine marxistische Analyse des Gesellschaftssystems der DDR — aber das ist reine Demagogie. Schon vor zehn Jahren, 1968, als die russischen Sozialimperialisten die CSSR überfielen, trat Bahro für Dubceks Kurs, für die offene Verbrüderung mit dem Westen ein. Diesen Standpunkt vertritt er auch heute. In seinem Buch kritisiert er zwar den bürokratischen Apparat der SED — aber keineswegs vom Standpunkt der Arbeiterklasse, sondern vom Standpunkt der Bourgeoisie. Wie sie bezeichnet er ihn als „stalinistische Bürokratie". Dieser Haß auf Stalin und der ständige Versuch, ihn und damit den Marxismus-Leninismus zu verleumden, ist für Bahro ein zentraler Punkt.

Besonders „links" und „radikal" gebärdet sich Bahro da, wo er die Notwendigkeit einer „kommunistischen Opposition" in der DDR betont. Was es mit dieser von Bahro „kommunistisch" genannten Opposition auf sich hat, wird klar, wenn er erklärt, daß sich die „neue kommunistische Partei tiefer von dem überlieferten Parteityp, gerade auch von dem bolschewistischen, unterscheiden muß". Für Bahro geht es also nicht darum, die Notwendigkeit einer wahrhaft kommunistischen Partei, der Vorhut des Proletariats, zu propagieren, die die Arbeiterklasse zum Sturz der sozialfaschistischen Herrschaft in der DDR führen kann. Diese Partei, die in der DDR bereits seit bald zwei Jahren existiert und kämpft, schweigt Bahro tot. Was ihm vorschwebt, ist ein Klub von reaktionären und revisionistischen Intellektuellen, die über sein Buch diskutieren.

Weil Bahro ein antikommunistischer Kritiker des sozialfaschistischen Systems in der DDR ist, weil er Stalin, den Bolschewismus und den Marxismus-Leninismus bekämpft, ist es verständlich, daß ihn der Propagandaapparat der westdeutschen Bourgeoisie in den Himmel hebt. Die Arbeiterklasse im Westen wie im Osten Deutschlands aber hat in Bahro aus den gleichen Gründen keinen Freund, keinen Verbündeten. Dazu wird er auch dann nicht, wenn die Bourgeoisie in der DDR ihn seit einiger Zeit verfolgt und ihn jetzt ins Gefängnis sperrte. Diese Maßnahmen zeigen den sozialfaschistischen Charakter des Regimes in der DDR, aber sie ändern keineswegs etwas am konterrevolutionären Charakter Bahros.

Die Werktätigen in der DDR kennen Bahro nicht nur als den Kritiker des Systems, als der er hier im Westen propagiert wird. Sie kennen ihn auch von einer anderen Seite — als Antreiber in den Betrieben. Von Beruf ist Bahro seit zehn Jahren Abteilungsleiter für Rationalisierung, Arbeitsgestaltung und Normerfüllung bei einem Ostberliner Gummikombinat gewesen. Er war also einer der vielen Antreiber in Ostdeutschland, die unmittelbar dafür gesorgt haben, daß durch die immer schärfere Ausbeutung der Arbeiter die Profite der neuen Bourgeoisie und der russischen Sozialimperialisten wuchsen. Unsere ostdeutschen Klassenbrüder können ein Lied davon singen, wie in den letzten Jahren, ähnlich wie in anderen kapitalistischen Staaten, immer schärfer rationalisiert wurde, dem Arbeiter immer höhere Leistungen abverlangt werden. Die Normen werden erhöht, eine zwangsverordnete „Initiativschicht" folgt der anderen usw. Ein Kommunist, dem das Interesse der Arbeiterklasse am Herzen liegt, wird selbstverständlich gegen diese verschärfte Ausbeutung kämpfen. Nicht so Herr Bahro. Er ordnete im Gegenteil in seinem Betrieb seit Jahren den Rationalisierungsterror selbst an. Und das nicht etwa gezwungenermaßen, auf Befehl von oben, sondern aus Überzeugung.

„Bürgerliche Propagandisten", erklärte Bahro im „Spiegel", „machen nicht nur aus Gehässigkeit, sondern schon aus Dummheit den Fehler, von der sozialistischen Propaganda für bessere qualitative und vor allem quantitative Ausnutzung der Arbeitszeit auf einen starken Leistungsdruck in unseren Betrieben zu schließen."

So kann nur einer reden, der selbst nicht arbeitet, sondern die anderen bei der Arbeit kommandiert! Für die Werktätigen in der DDR ist der starke Leistungsdruck in den Betrieben eine Tatsache. Eine Tatsache, die sie aber schon längst nicht mehr kampflos hinnehmen. Kämpfe und Streiks wie im Stahlwerk Brandenburg oder in einem Schweriner Großbetrieb sind Beweise dafür, daß die Arbeiter den Rationalisierungsterror immer weniger als „sozialistische Propaganda" ansehen, sondern als scharfen Angriff auf ihre Lebenslage, als Ausdruck der Tatsache, daß die DDR längst nichts mehr mit einem sozialistischen Land zu tun hat, sondern ein sozialfaschistisches Regime ist, von dem sich die Arbeiterklasse nur durch die sozialistische Revolution befreien kann.

Honecker und Bahro — beide stehen als Feinde des Kommunismus und der Interessen der Arbeiterklasse in diesem Kampf auf der anderen Seite der Barrikade.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, Sektion DDR
Spendenkonto:
Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort:
KPD/ML, Sektion DDR

Begin in Rumänien

Gegen den Kampf des Volkes von Palästina

Zu einem offiziellen Besuch ist der Chef der israelischen Zionisten, Begin, am 25. August in Rumänien eingetroffen. Wie er vor seinem Abflug nach Bukarest behauptete, ging es bei seinem Besuch lediglich um „bilaterale Probleme", keineswegs aber um den „israelisch-arabischen Konflikt", womit im Munde Begins nichts anderes gemeint ist als die Liquidierung des gerechten Kampfes der arabischen Völker und besonders des palästinensischen Volkes gegen den israelischen Zionismus. Aber kann man den Erklärungen Begins trauen?

Selbstverständlich nicht. Bekanntlich haben die amerikanischen Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten in der letzten Zeit gemeinsam und jeder für sich alle Anstrengungen unternommen, um den Kampf der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes durch eine sogenannte Verhandlungslösung abzuwürgen. Kern aller dieser „Lösungsvorschläge" ist die Anerkennung Israels durch das palästinensische Volk und die Einstellung seines Kampfes gegen die Räuber, die seine Heimat besetzt halten. Natürlich sind das für das palästinensische Volk unannehmbare Bedingungen. Die Reise Begins zu den rumänischen Revisionisten kann nicht unabhängig und isoliert von diesen Bemühungen, das palästinensische Volk in die Knie zu zwingen, gesehen werden. Genau diesem Zweck dient auch die Reise Begins nach Rumänien.

Die rumänischen Revisionisten haben schließlich mehrmals erklärt, sie seien zu „Vermittlungen" bereit, sie unterhalten seit Jahren die allerbesten diplomatischen Beziehungen zu den israelischen Zionisten und stehen seit langem in engem Kontakt mit ihnen. Anstatt den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen, fordern sie von ihm die Anerkennung Israels.

Man kann also sehr gut sehen, was sich hinter der angeblichen Unabhängigkeit der rumänischen Revisionisten, hinter ihrer angeblichen „Blockfreiheit" versteckt: der Versuch, den gerechten Kampf der Völker gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, und gegen die in ihrem Dienst stehenden Lakaien zu untergraben und zu sabotieren.

Kohlebergwerke in der DDR sollen stillgelegt werden

Kürzlich kündigte die Honecker-Clique an, daß die noch bestehenden Steinkohlebergwerke sämtlich geschlossen werden sollen. Als Begründung wurde angegeben, daß es in der DDR keine Steinkohlevorkommen mehr gäbe. Was hat es mit dieser Begründung auf sich? Es ist nicht das erste Mal, daß in einem revisionistischen Land mit der Begründung, es gäbe keine Kohle mehr, Bergwerke geschlossen werden. Genauso geschah es etwa in Ungarn, wo als Folge der Zechenschließungen Hunderte von Arbeitern ihren Arbeitsplatz verloren und Ungarn vollständig von den russischen Energielieferungen abhängig wurde, für die es jährlich Milliarden und Abermilliarden bezahlen muß. Die Behauptung über die „Rohstoffarmut" war nichts anderes als eine Lüge, um dieses Manöver vor den Werktätigen zu vertuschen.

Nicht anders ist es mit der Behauptung über die angeblich versiegten Steinkohlevorkommen in der DDR. Bereits seit einigen Jahren, seit Mitte der 60er Jahre, wird die Produktion von Steinkohle systematisch gedrosselt. Wurden 1960 noch 11,5 Millionen Tonnen Steinkohle produziert, so waren es 1969 nur noch 9,7 Millionen Tonnen. In den Jahren danach sank die Produktion rapide weiter. Daß dieser Produktionsrückgang bei der Steinkohle seinen Grund keineswegs darin hat, daß die Steinkohlevorkommen in der DDR geringer sind als bei uns und die Braunkohle volkswirtschaftlich entschieden wichtiger, läßt sich daran sehen, daß auch die Braunkohleproduktion gedrosselt wurde. Die Erschließung neuer Braunkohlereviere wurde gestoppt, einige Brikettfabriken wurden sogar geschlossen. Betrug der relative Produktionsanteil der Energie- und Brennstoffindustrie 1950 12%, so sank er nach 1964 rapide und betrug 1969 nur noch 6%. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Investitionen im Bereich der Energie- und Brennstoffindustrie von 35% Mitte der 60er Jahre auf 20% im Jahre 1970.

Auch ein Blick in die Vergangenheit, in die Zeit, als die DDR noch ein sozialistischer Staat war, zeigt, daß die Drosselung der Steinkohle- aber auch der Braunkohleproduktion keineswegs auf den Mangel an Rohstoffen zurückzuführen ist. Die Theorie von der „Rohstoffknappheit" ist so neu nämlich nicht. Damals, in den 50er Jahren, versuchten die Imperialisten mit dieser Theorie die verstärkte Entwicklung von Steinkohle- und Braunkohleabbaugebieten zu sabotieren. Die Arbeiterklasse in der DDR antwortete dieser imperialistischen Propaganda mit verstärkten Anstrengungen, eine eigene Energieversorgung zu sichern. So wurde im 1. Fünfjahrplan von den Geologen verlangt, daß sie ihre Anstrengungen zur Erschließung neuer Kohlevorkommen verstärken sollten, es wurde die Wiederherstellung bzw. Neuerschließung zahlreicher Braunkohletagebergwerke und von drei neuen Steinkohleschächten mit einer Jahresförderung von 2,5 Millionen Tonnen beschlossen. Und im Bericht an den V. Parteitag der SED wurde berichtet, daß die Arbeit auf diesem Gebiet einen großen Aufschwung genommen habe, vor allem, seit unter Führung der Partei und der Gewerkschaft die „schädliche Theorie vom ‚aussterbenden Steinkohlebergbau' energisch zerschlagen wurde".

Wenn der wahre Grund für die angekündigte Schließung der Steinkohlebergwerke nicht im Mangel an Kohlevorkommen liegt, wo liegt er dann? Wer die Energiewirtschaft der DDR-Führung zurückverfolgt, der kann feststellen, daß seit Mitte der 60er Jahre, dem Zeitpunkt also, wo die Förderung der eigenen Energievorkommen energisch gedrosselt wurde, der Import russischen Erdöls und russischen Erdgases von Jahr zu Jahr anwuchs. Heute ist die DDR mit über 90% ihres Energiebedarfes von den russischen Sozialimperialisten abhängig, wodurch sie wirtschaftlich vollständig von ihnen abhängig ist und von Jahr zu Jahr höhere Preise für die dringend benötigte Energie bezahlen muß. Preise, die natürlich nicht die neue Bourgeoisie bezahlt, die diesen Ausverkauf der Wirtschaft an die russischen Sozialimperialisten betreibt, sondern die die Werktätigen zahlen müssen — durch verstärkte Antreiberei in den Betrieben, durch den Verlust ihres langjährigen Arbeitsplatzes wie er jetzt den Bergarbeitern von Zwickau droht, und durch ständige, schleichende Preiserhöhungen.

Wie man sieht, ist also keineswegs die Natur verantwortlich für die Stillegung der Steinkohlebergwerke, wie es die SED-Führung den Werktätigen weismachen will. Verantwortlich dafür sind die Ausbeuter in Moskau und Pankow. Und deshalb werden auch noch so viele Zwecklügen nicht verhindern können, daß sich der Klassenkampf der Arbeiterklasse in der DDR gegen sie verstärkt, daß immer mehr erkennen werden, daß es für die Werktätigen der DDR keinen anderen Ausweg aus ihrer Lage gibt, als unter der Führung der KPD/ML Sektion DDR das sozialfaschistische Regime zu stürzen und die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten.

Schahbesuch in Polen

Gleich und gleich gesellt sich gern

Offensichtlich am liebsten vertuscht und totgeschwiegen hätte die „UZ", Zeitung der modernen Revisionisten der D„K"P, den Besuch des Schah des Iran bei ihren revisionistischen Busenfreunden in Polen. Da die Sache jedoch ohnehin bekannt war, meldete die „UZ" dann schließlich auch das Ereignis — in ganzen fünf Zeilen.

Diese Zurückhaltung der modernen Revisionisten der D„K"P hat ihren Grund. Denn der Schah des Iran, der dem polnischen Revisionistenchef in Warschau so freundlich die Hand schüttelte, ist das Oberhaupt eines der grausamsten faschistischen Regime, ein vielfacher Mörder, ein Spezialist für Folter und Terror gegen die Werktätigen. Die ganze Welt weiß außerdem, daß dieser Mann nichts anderes ist als ein gekaufter Agent des CIA, ein Gendarm des USA-Imperialismus, der die Reichtümer seines Landes bedenkenlos an den Imperialismus verkauft hat, der mitsamt seinem Anhang ein luxuriöses Schmarotzerleben führt, während die Volksmassen des Iran hungern und im Elend leben.

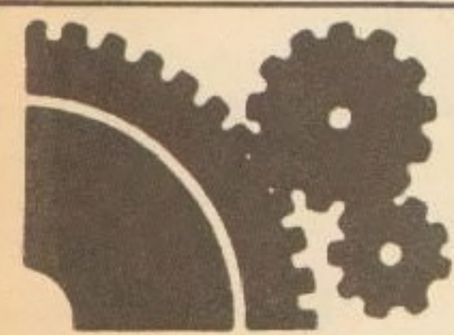
Völlig zu Recht richtet sich deshalb der grenzenlose Haß der Völker des Iran und aller wirklich revolutionären und fortschrittlichen Menschen auf der ganzen Welt gegen dieses Regime, und sie bekämpfen es entschieden.

Die modernen Revisionisten dagegen unterhalten die besten Beziehungen zu diesem faschistischen Regime. Die sowjetischen Sozialimperialisten etwa schlossen Millionengeschäfte in Erdgas und Erdöl mit dem Regime ab und lieferten ein komplettes Stahlwerk. Und die polnischen Revisionisten lieferten erst vor kurzem neun Zuckerfabriken in den Iran. Diese Leute interessiert einzig und allein der Profit, den sie durch die Beteiligung an der Ausplünderung der Völker des Iran herausschlagen können. Sie haben die Sache der Revolution, des Kampfes der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus längst verraten und den Faschisten, die das Volk unterdrücken, die Hand zum konterrevolutionären Bruderbund gereicht. Sie sind selbst Imperialisten, kapitalistische Ausbeuter, die die Werktätigen ihrer Länder mit (sozial)faschistischem Terror unterdrücken.

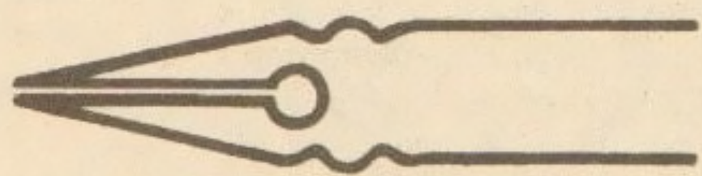
Was ist denn Gierek anderes als ein Lakai, der den sowjetischen Sozialimperialisten die Stiefel leckt? Was ist er anderes als der Repräsentant der kapitalistischen polnischen Ausbeuterklasse, die die Arbeiterklasse aussaugt? Was anderes als ein Faschist, der sich mit sozialistischen Phrasen tarnt? Was anderes als ein Faschist, der brutal den Aufstand der polnischen Arbeiterklasse gegen die sozialfaschistische Terrorherrschaft niederschießen ließ?

Der Schah des Iran und der polnische Revisionistenchef sind Brüder vom gleichen Schlag. „Gleich und gleich gesellt sich gern", heißt es in einem Sprichwort, das hier den Nagel auf den Kopf trifft.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Brutale Ausbeutung bei Aldi

Liebe Genossen!

Vor kurzem erzählte mir meine Mutter, wie brutal die Aldi-Kapitalisten die Verkäuferinnen ausbeuten.

Vor 6 Jahren fing meine Mutter als Kassiererin in einem Aldi-Laden an. Sie arbeitete zuletzt 28 Stunden (4 Tage) in der Woche, und erhielt ein Gehalt von ca. 700 DM plus 150 bis 200 DM Provision brutto. Sie verdiente damit zwar mehr als eine Kassiererin bei Co-op beispielsweise, aber dafür mußte sie auch unwahrscheinlich schuften.

Jede Ware mußte sie beim Kassieren umpacken, egal wie schwer sie war. Dadurch bekam meine Mutter mit der Zeit ein Rückenleiden.

Überstunden wurden nicht bezahlt. Obwohl sie nur bis 18.30 Uhr bezahlt wurde, mußte sie noch die Kasse abrechnen und dann noch den Laden auswischen. Manchmal hatte meine Mutter erst um 19.45 Uhr Feierabend. Die Verkäuferinnen müssen nicht nur den Laden saubermachen, sondern auch noch die Fenster putzen. So spart Aldi Putzfrauen ein.

Im Laufe der Jahre wuchs die Arbeitshetze immer mehr. Bei den Kassiererinnen wurde nicht nur ständig überprüft, ob sie auch immer umpacken, sondern auch, ob sie schnell genug kassieren. Normal schaffte eine Kassiererin einen Umsatz von 1.200 bis 1.500 DM in der Stunde. Schaffte eine jedoch 1.800 DM, wurde sofort eine Kassiererin wegrationalisiert.

Wenn nun nicht soviel Leute im Laden waren, durften die Kassiererinnen nicht etwa verschnaufen, sondern sofort hieß es, Paletten abpacken. Wenn nun aber tatsächlich nichts los war, dann besaß der Chef die Frechheit, einige Verkäuferinnen einfach nach Hause zu schicken. Sie bekamen diese Zeit dann nicht bezahlt und „durften" sie dann nacharbeiten, wenn es den Herren paßte, d. h. wenn es ihnen mehr Umsatz brachte. Oft genug wurde meine Mutter dann angerufen und sollte dann alles stehen und liegen lassen für Aldi.

Es empörte meine Mutter auch jedesmal wieder, wenn es hieß, es muß Inventur gemacht werden. Für lächerliche 1,50 DM wurden die Frauen gezwungen, in 2-3 Stunden (selbstverständlich nach der Arbeitszeit) alle Waren zu zählen, um eventuelle Verluste festzustellen. Das kam mindestens zweimal im Jahr vor, wenn der Chef in den Urlaub ging, meistens aber öfter.

Die Wut der Frauen über diese Ausbeutung war ziemlich groß. Oft wollte meine Mutter die Arbeit schon hinschmeißen, weil sie dadurch immer mehr kaputtgemacht wurde. Aber andererseits zögerte sie, dies zu tun, weil es schwer ist, neue Arbeit zu finden. Aber die Ausbeutung sollte noch mehr verschärft werden.

Statt um 8.30 Uhr sollten die Frauen schon um 7 Uhr kommen, um noch vorher Paletten abzupacken. Das hieß, daß meine Mutter mindestens 12-13 Stunden aus dem Haus war, denn die Pausen waren zu kurz, um nach Hause zu gehen. Sie weigerte sich, auf so etwas einzugehen und legte sich mit ihrem Chef an.

Da zögerten die Aldi-Kapitalisten nicht, in ganz hinterhältiger und gemeiner Weise gegen sie vorzugehen: Kurz vor ihrem Urlaub wurde sie heimlich getestet, plötzlich wurde festgestellt, daß sie beim Kassieren nicht umpackte, der Bezirksleiter war auf einmal da, sie wurde nach unten gebeten und man legte ihr die Kündigung vor. Meine Mutter, die sich in den sechs Jahren nie etwas zuschulden kommen ließ, war wie vor den Kopf geschlagen. Die Herren redeten auf sie ein, drohten ihr, daß sie nicht in den Urlaub fahren könnte und brachten sie dazu, ihre fristlose Kündigung zu unterschreiben.

Diese Erfahrung brachte meine Mutter dazu, daß sie auf meinen Vorschlag, dem „Roten Morgen" zu schreiben, sagte: „Die sollen das ruhig mal veröffentlichen!"

Rot Front!
Eine Genossin aus Dortmund.

Gefährliche Bürostühle

Ich bin Angestellte in einer Einzelhandelsfirma im Büro. Ich hatte vor kurzem einen kleinen Unfall, der eine lebhafte Diskussion unter meinen Kolleginnen auslöste. Als ich mich auf meinen Bürostuhl setzte, brach von dem vierbeinigen, mit Rollen versehenen Stuhl eine Rolle ab. Der Stuhl kippte, und ich konnte mich im Fallen gerade noch abstützen und verrenkte mir nur leicht den Rücken.

Die Empörung war deshalb bei uns groß, weil Unfälle mit Bürostühlen dieser Art sehr häufig passieren. In den meisten Büros stehen nämlich heute noch diese vierbeinigen Drehstühle, deren Rollen ohne Brems- und Kippsicherung sind. Auf den Teppichböden, mit denen heute die meisten Büros ausgelegt sind, kippen diese Stühle blitzschnell, sobald sich die Rollen querstellen. Meist endet es damit, daß man sich irgendwo festhält und so schlimmere Verletzungen verhindert werden.

Doch die vier Beine und die Rollen sind nicht die einzige Gefahr für die Gesundheit. Meist sind die Stühle 6, 7 und mehr Jahre alt und beschädigt. Die Höhe und die Rückenlehne lassen sich nicht mehr verstellen, so daß man gezwungen ist, 8 Stunden täglich in gekrümmter Haltung zu verbringen. Daß das oft zur Qual wird, weiß jeder, der den ganzen Tag an einer Schreibmaschine oder am Schreibtisch sitzt, ohne oft aufstehen zu können.

Die Folge sind bei den meisten Kolleginnen einschließlich mir selbst Rückenbeschwerden, Verkrampfungen und Verkrümmungen in der Becken- oder Halswirbelgegend. Schon in jungen Jahren müssen viele ein- bis zweimal im Jahr zum Arzt rennen, weil die Schmerzen das erträgliche Maß überschreiten.

Dann gibt es Spritzen und einmal im Jahr 10 Massagen (mehr zahlen die Krankenkassen meist nicht). Man fühlt sich danach zwar wieder besser, aber irgendwann gehen die Schmerzen von vorne los.

Als Berufskrankheit werden diese Schäden in den allerseltensten Fällen anerkannt. Natürlich ist den Kapitalisten die Gefahr längst bekannt. So gibt es von der Berufsgenossenschaft Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen in Büros, Büromöbel etc., die seit dem 1. 1. 77 gültig sind. Da werden die Schädigungen für die Gesundheit aufgezählt und der dort geforderte Stuhl ist wesentlich besser: 5 Beine, Brems- und Kippsicherung der Rollen, Sitze höhenverstellbar, den Rücken stützende Lehnen.

Ausgerechnet bei der für uns so wichtigen Bestimmung bezüglich der neuen Bürostühle wird jedoch die Frist für die Umrüstung auf die besseren Stühle bis 1985 verlängert. Darauf beruft sich auch unser Chef.

Rund 1.500 Mark würde es kosten, wenn wir in unserem Büro alle den neuen Stuhl bekämen. Aber das ist den Herren schon zuviel. Gemeinsam mit einigen Kolleginnen wollen wir aber nicht lockerlassen, daß wir die besseren Stühle schon früher bekommen.

Rot Front! Eine Genossin aus Bochum.

Loderer: 'Neue Stoßrichtung in der Tarifpolitik'

Spaltungsmanöver und üble Demagogie

Vor kurzem gab der Oberbonze des IGM-Apparates Loderer der „Frankfurter Rundschau" ein Interview, in dem er sich zur bevorstehenden neuen Lohnrunde und ihrem Verhältnis zur Frage der Arbeitslosigkeit äußerte, zum Verhältnis zwischen dem Lohnkampf und den Interessen der Arbeitslosen.

Loderer ist einer der DGB-Bonzen, die sich besonders „radikal" geben. Erst kürzlich trat Loderer im Fernsehen wieder für die Forderung nach „Erhöhung der Massenkaufkraft" ein, eine Forderung, die auf den ersten Blick in krassem Gegensatz zu dem steht, was die Vertreter der Kapitalistenverbände als wichtigstes Heilmittel gegen die Wirtschaftskrise anpreisen. Die Schleyer, Wolff von Amerongen usw. lassen bekanntlich keine Gelegenheit aus, um gegen „überzogene Lohnforderungen" zu hetzen und die angeblichen „Lohnsteigerungen" der vergangenen Jahre als Ursache von Krise und Massenarbeitslosigkeit anzuprangern. Offen und unverfroren schreien diese Herren nach Lohnverzicht, nach einer noch brutaleren Abwälzung der wachsenden Lasten der Krise auf den Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten.

Im Gegensatz zu diesen unverschämten und provokatorischen Forderungen erweckt die Losung der Kaufkrafterhöhung zunächst das Empfinden, als seien ihre Verfechter erbitterte Kontrahenten der Kapitalisten, Kämpfer gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der werktätigen Massen. In Wahrheit jedoch ist die Parole von der „Erhöhung der Massenkaufkraft" als Wundermittel gegen die „flaue Konjunkturlage" eine durch und durch betrügerische Losung, mit der die Arbeiterklasse bewußt in die Irre geführt werden soll. Sie soll vorgaukeln, daß es gemeinsame Interessen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse gibt. Sie soll gleichzeitig den Anschein erwecken, als ob der DGB-Apparat und die D„K"P sich tatsächlich für eine echte Erhöhung der Löhne und Gehälter einsetzen würden.

In der Realität jedoch tun sie genau das Gegenteil: Sie untergraben und sabotieren den konsequenten, unversöhnlichen Kampf der Arbeiterklasse für höheren Lohn, gegen die Abwälzung der Krisenlasten durch die Kapitalisten. Sie versuchen, die Arbeiter zum Stillhalten gegen die Lohnraub- und Rationalisierungsangriffe der Kapitalisten zu bewegen. Sie ziehen, wenn auch nicht so offen, so doch in versteckter Form am gleichen Strang wie Schleyer und Co: Ausspielen der Massenarbeitslosigkeit gegen den Kampf der Arbeiter, um Lohnverzicht zu erzwingen.

In dem eingangs erwähnten Interview legt Loderer einmal die Karten seiner arbeiterfeindlichen Politik ziemlich offen auf den Tisch, und läßt durchblicken, mit welcher Masche er in dieser Lohnrunde vorgehen will: Unter dem Vorwand, man müsse auch die Interessen der arbeitslosen Kollegen mit einbeziehen, werden niedrige Lohnforderungen gerechtfertigt, wird der Kampf für eine echte Lohnerhöhung demagogisch als „Egoismus" gegenüber den Arbeitslosen diffamiert. So antwortete Loderer auf die Frage der „Frankfurter Rundschau": „Setzt die neue Stoßrichtung in ihrer Tarifpolitik voraus, daß ein Teil der möglichen Lohnerhöhungen für diese neuen Ziele verrechnet wird?" folgendermaßen: „Die Gewerkschaften sind mehr als nur ein Lohnautomat. Die IG Metall ist ein Interessenverband, in den auch der arbeitslose Metallarbeiter einbezogen ist!"

Natürlich können die Arbeiter ihren gewerkschaftlichen Kampf nicht auf den reinen Lohnkampf begrenzen. Aber das Gerede Loderers „wir sind mehr als ein Lohnautomat" ist nichts als unverfrorene Demagogie. Wo hat denn der reaktionäre DGB-Apparat bis jetzt wirklich versucht, mehr Lohn für die Arbeiter und unteren Angestellten herauszuholen?

Und genausowenig, wie der DGB-Apparat an der Lohnfront auf der Seite der Arbeiterklasse steht, tut er es auch an den anderen Fronten, z. B. beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für die Interessen der arbeitslosen Kollegen. Auch an dieser Front verrät und sabotiert der Gewerkschaftsapparat den Kampf und liefert er die Kollegen den Kapitalisten und ihrem Bonner Ausbeuterstaat ans Messer. Oder was ist es anderes, wenn die IGM-Betriebsräte immer wieder ihre Zustimmung zu Überstunden und Sonderschichten geben (z. b. in der Autoindustrie) und dadurch den Kapitalisten dabei helfen, die Produktion hochzujagen, Superprofite aus den Belegschaften herauszupressen und gleichzeitig keine zusätzlichen Arbeitskräfte einzustellen?

Und hat der IGM-Apparat etwa nicht den Kampf gegen die Rationalisierungsfeldzüge, den Kampf gegen die Vernichtung Hunderttausender von Arbeitsplätzen, gegen Stillegungen und Massenentlassungen systematisch abgewiegelt? Das hat er — ob bei VW, Mannesmann-Reisholz, Thyssen Oberhausen oder wo auch immer! Loderer erklärte ja einmal ganz offen: „Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort wird sich die IGM einem Abbau nicht widersetzen."

Und nicht anders stets es auch mit dem angeblichen Kampf des DGB-Apparates zur Verteidigung der Interessen und Rechte der arbeitslosen Kollegen. In Worten für die Arbeitslosen, in Taten Unterstützung der Angriffe von Staat und Kapitalisten auf ihre Rechte und finanziellen Ansprüche — das ist die Linie der DGB-Bonzen. Wenn der DGB-Apparat Forderungen der Arbeiter aufgreift, dann nur zu dem Zweck, um sein Gesicht zu wahren und die Durchsetzung dieser Forderungen letztlich zu hintertreiben. Das zeigt sich jetzt wieder am Beispiel der Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung. In dem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" kündigte Loderer an, der IGM-Vorstand werde dem bevorstehenden IGM-Gewerkschaftstag empfehlen, die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden abzulehnen, um „die Tarifpolitische Flexibilität zu wahren."

Das Geschwätz von einer „neuen Stoßrichtung in der Tarifpolitik" ist also nur ein neues Wort für die alte Taktik, die arbeitslosen Kollegen gegen die Kollegen im Betrieb und den Lohnkampf gegen Forderungen anderer Art auszuspielen. Der konsequente Kampf für echte Lohn- und Gehaltserhöhungen ist jedoch im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, auch der arbeitslosen Kollegen. Lohnverzicht nützt einzig und allein den Kapitalisten. Der militante und machtvolle Kampf für höheren Lohn stärkt die Kampfkraft der Arbeiterklasse und verbessert ihre Lage.

Umgekehrt sind auch die Forderungen und Interessen der Arbeitslosen eng mit den Interessen der Kollegen im Betrieb verbunden. Der Kampf gegen die Erpressung der Arbeitslosen durch die Kapitalisten und Arbeitsämter, der Kampf gegen den Abbau ihrer finanziellen Ansprüche und Rechte durch den Staat ist zugleich auch gegen Lohnraub und verschärfte Ausbeutung in den Betrieben gerichtet. Und jeder ehrliche Kollege weiß: Die Einheit und Solidarität macht uns stark! Schließen wir uns deshalb im gemeinsamen und unversöhnlichen Kampf für unsere Forderungen gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger zusammen und treten wir den schmutzigen Spaltungsmanövern von Loderer und Konsorten entschlossen entgegen.

Kupferhütte Duisburg

Mac Kenzie raus!

Auf der Duisburger Kupferhütte haben die Kapitalisten einen brutalen Rationalisierungsfeldzug begonnen. 400 Kollegen sollen bis zum nächsten Jahr entlassen werden. Aus der so verringerten Belegschaft, die dann noch 1.600 bis 1.800 Beschäftigte umfassen wird, sollen durch ein ungeheuer verschärftes Arbeitstempo um so höhere Profite herausgepreßt werden. Zu diesem Zweck haben die Direktoren der Duisburger Kupferhütte eigens die amerikanischen Rationalisierungsspezialisten der Firma Mac Kenzie engagiert.

In einem Flugblatt, das in der vergangenen Woche vor der Duisburger Kupferhütte verteilt wurde, enthüllte die Ortsgruppe Duisburg den skrupellosen Angriff auf die Arbeitsplätze und die üblen Methoden, mit denen die Kapitalisten ihren Rationalisierungsterror betreiben. In dem Flugblatt heißt es:

„Bis jetzt war die Mac-Kenzie-Truppe am Hochofen; unter anderem genau zu der Zeit, als nur ein Ofen lief. Die Mac-Kenzie-Leute haben die Aufgabe, jede Minute, in der du arbeitest, abzustoppen. Das geht so: 14 Tage hast du einen dieser Typen neben dir laufen. Er stoppt genau ab, wie lange du zur Toilette gehst, wie lange du eine Zigarette rauchst, wie lange du dein Butterbrot ißt, wie lange du zwischen den einzelnen Arbeiten Zeit hast, ob du irgendwann mal „Leerlauf" hast usw.

Anschließend werden die Zeiten zusammengezogen und sie legen nun genau fest, wer wessen Arbeit in Zukunft mit übernehmen und wer auf die Straße fliegen soll. Die übriggebliebenen Kollegen sollen dann arbeiten wie im Zuchthaus. Jede Sekunde ist eingeplant, jeder Handgriff genau festgelegt. In einem Betrieb sind sie den Kollegen sogar bis in die Bütte nachgekrochen, um zu sehen, ob sie dort nicht vielleicht eine Zigarette rauchen.

Die Kapitalisten wollen mit Hilfe von Mac Kenzie 400 Kollegen um ihre Existenzgrundlage bringen und den Rest von uns wie die Hühner in einer Hühnerfarm nach Minutenplan ausbeuten. So wollen sie Höchstprofite machen.

Und „unser" IGM-Betriebsrat? Was tut er? Diese „Arbeitervertreter" haben wieder einmal bewiesen, was für erbärmliche Verräter sie sind. Nicht nur, daß sie das alles, ohne mit der Wimper zu zucken, geschehen lassen. Sie unterstützen diesen Rationalisierungsterror sogar noch, indem sie uns bis heute noch nicht informiert haben."

Im weiteren ruft das Flugblatt die Kollegen der Kupferhütte zum Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf und dazu, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen und sich sowohl gegen die Bosse als auch gegen den verräterischen IGM-Betriebsrat zusammenzuschließen. „Entweder wir kämpfen auf uns selbst gestützt, oder die Kapitalisten ziehen uns das Fell über die Ohren — eine andere Möglichkeit haben wir nicht", schreiben die Duisburger Genossen in ihrem Flugblatt.

Wiedereinstellung erzwungen

Am 19. 7. wurde der türkische Kollege R. P. von den Kapitalisten der Büsumer Werft fristlos entlassen. Zwei Arbeiter hatten der Geschäftsleitung gegenüber behauptet, R. P. habe während der Zeit, wo er krankgeschrieben war, einen Möbelwagen gefahren. Obwohl der türkische Kollege diese Behauptung bestritt, wurde er entlassen.

Der Kollege stand zunächst ziemlich allein. Der DGB-Apparat, an den er sich wandte, stellte ihm zwar einen Rechtsvertreter, der glaubte ihm aber nicht und unternahm nichts, um für die Wiedereinstellung des Kollegen zu sorgen, sondern steuerte von Anfang an auf eine Abfindung hin. Auch eine Reihe von Kollegen zweifelte die Aussage des türkischen Arbeiters an.

Die entscheidende Wende brachte ein Flugblatt der Partei mit der Überschrift „Sofortige Wiedereinstellung des türkischen Kollegen!" Das Flugblatt entlarvte, daß die Anschuldigungen gegen R. P. falsch waren — ein Anruf bei der Möbelfirma ergab, daß er nie für sie gefahren hatte — und daß es im übrigen die Werftleitung überhaupt nichts angehe, was ein Arbeiter während der Zeit seiner Krankschreibung mache. Außerdem wurde eine Parole mit der Forderung nach Wiedereinstellung des Kollegen auf ein neues Schiff gemalt, das gerade vom Stapel lief. Am Morgen des Gütetermins dann informierte ein Stellschild vor dem Betrieb die Kollegen. Daraufhin nahmen sich acht ausländische Kollegen kurzfristig frei, um zum Arbeitsgericht zu gehen. Mittags, als der Prozeß begann, hatten sich praktisch sämtliche ausländischen Kollegen entschlossen, dorthin zu gehen. Zu diesem Zeitpunkt ließ die Geschäftsleitung aber niemanden mehr gehen.

Die Güteverhandlung wurde dann ein voller Erfolg für den türkischen Kollegen R. P. Die Vertreter der Geschäftsleitung, die geglaubt hatten, sie hätten mit einem ausländischen Arbeiter leichtes Spiel, sahen sich Zeugen gegenüber, die bewiesen, daß der Kollege zur fraglichen Zeit zu Hause gewesen war und außerdem beweisen konnte, daß die entsprechende Firma einen Fahrer hatte, der dem Kollegen R. P. sehr ähnlich sah. Außerdem hatte, wie schon vorher von der Partei enthüllt, die Möbeltransportfirma bereits erklärt, daß R. P. nie für sie gefahren hatte. Aufgrund dieser Tatsachen sah sich das Gericht gezwungen, der Klage des Kollegen stattzugeben. Die fristlose Kündigung der Werftleitung wurde verworfen. Nach dieser Verhandlung, bei der die Werft-Bonzen vor einer Reihe von Kollegen eine empfindliche Niederlage erlitten hatten, sahen sie sich gezwungen, den Kollegen wieder voll einzustellen. Natürlich war die Freude im Betrieb groß. Bei den ausländischen — aber auch bei vielen deutschen Kollegen — hat sich die Partei durch ihren unbeirrten und konsequenten Kampf für die Wiedereinstellung des Kollegen R. P. große Sympathien erworben.

Durch revolutionären Klassenkampf Arbeitsplätze verteidigen

Fortsetzung von Seite 1

Bonner Staat nicht gefährlich werden können — das war schon immer die Taktik der Agenten der Kapitalistenklasse innerhalb der Arbeiterbewegung. Anders hätten sie keine Chance, die ausgebeuteten und unterdrückten Massen, die zum Kampf gegen den Kapitalismus drängen, mit ihrer hinterhältigen Abwiegelungspropaganda und ihrer Klassenversöhnungspropaganda zu verwirren und vom kompromißlosen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.

Die Reden, die Bremens IGM-Bevollmächtigter Weinkauf und die Betriebsratsvorsitzenden verschiedener Bremer Großbetriebe auf der Großkundgebung schwangen, waren genau auf dieses Ziel ausgerichtet, auf die ideologische Entwaffnung der Kollegen durch reformistische und revisionistische Parolen. Weinkauf tönte lautstark vom „Recht auf Arbeit als unveräußerliches Grundrecht des Menschen". **Damit will er doch genau darüber hinwegtäuschen, daß im Kapitalismus „das Recht auf Arbeit" höchstens auf dem Papier steht, daß hingegen das Recht der Kapitalisten, die Produktion ihrem hemmungslosen Streben nach höchsten Profiten zu unterwerfen und dementsprechend Arbeitsplätze wegzurationalisieren, ganze Betriebe stillzulegen und die Arbeiter und kleinen Angestellten rücksichtslos auf die Straße zu werfen, tatsächlich „unveräußerlich" in diesem kapitalistischen Ausbeutersystem ist.**

Wo immer das Proletariat sich zum Kampf gegen dieses „unveräußerliche Recht" der Kapitalisten erhebt, wo die Massen mit militanten Aktionen, mit Streiks und Besetzung des Betriebes den Kapitalisten dieses Ausbeuterrecht streitig zu machen versuchen, da tritt der bürgerliche Staat auf den Plan mit seinen arbeiterfeindlichen Gesetzen, mit seiner Polizei und seiner bürgerlichen Klassenjustiz, um für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen und unseren gerechten Kampf niederzuschlagen, wenn nötig mit offenem Terror, Polizeiknüppeln und Gefängnisstrafen.

Die Vertreter des DGB-Apparats und die D„K"P-Revisionisten jedoch wollen uns weismachen, wir könnten in dieser Ausbeuterordnung, in der nur der Profit der Kapitalisten, nur die Interessen der Monopole zählen, das „Recht auf Arbeit" wirklich durchsetzen, wir könnten die Massenarbeitslosigkeit durch „Mitbestimmung", „Investitionskontrolle", durch sogenannte „demokratische Reformen" überwinden. Dabei, so lügen uns die Arbeiterverräter vor, könnten wir die Unterstützung des Bonner Staates gewinnen, wenn wir ihn nur durch Appelle, Protestkundgebungen usw. ein bißchen unter Druck setzen. Ausgerechnet die Hilfe dieses Ausbeuterstaates, der doch gerade das Werkzeug der Kapitalisten zu unserer Unterdrückung ist, der doch wiederholt allein schon deshalb seine Polizei gegen uns losknüppeln ließ, weil wir uns gegen den Willen der Herren Gewerkschaftsbonzen zu sogenannten „wilden Streiks" erhoben, um uns eine Lohnerhöhung zu erkämpfen!



Diese Parole wurde von revolutionären Arbeitern auf der Demonstration getragen

Es ist bewußte Irreführung und niederträchtiger Verrat, wenn die DGB-Bonzen und D„K"P-Revisionisten ihre Appelle und Forderungen an die Adresse Bonns loslassen, wenn sie demagogisch über die „Untätigkeit" der Regierung wettern — als ob nicht diese Bonner Regierung sehr tätig wäre, wenn es darum geht, den Kapitalisten Steuergelder in den Rachen zu schieben, ihnen bei der Durchrationalisierung ihrer Betriebe, bei der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen oder bei der Stillegung ganzer Produktionsanlagen und Werke mit Prämien und jeder erdenklichen Unterstützung zur Seite zu springen!

Wenn der D„K"P-Bonze und Betriebsratsvorsitzende der Klöckner-Hütte Röpke auf der Kundgebung scheinradikal tönte: „Wir fordern von der Regierung das Verbot von Massenentlassungen", so will er damit den Arbeitern Sand in die Augen streuen, will er uns Flausen in den Kopf setzen über die reaktionäre Rolle, die der bürgerliche Staat erfüllt. Nichts fürchten solche Arbeiterverräter wie Röpke nämlich mehr, als daß unter den Massen Klarheit darüber entsteht, daß keinerlei Reformen und Verbote im Kapitalismus Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit stoppen können, daß einzelne Entlassungsfeldzüge eines Unternehmers nur durch konsequenten, militanten, machtvollen Massenkampf verhindert werden können, und daß Vollbeschäftigung, das Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit für die Arbeiterklasse erst im Sozialismus, unter der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können, also nur durch die gewaltsame Revolution.

Der Betriebsratsvorsitzende von VFW-Fokker scheute sich auf der Kundgebung nicht einmal, offen für die Rüstungsprofite seiner Herren und Meister, der Fokker-Monopolherren einzutreten. Er forderte von der Regierung mehr Rüstungsaufträge. Natürlich im Namen des „Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit". Was aber bedeutet das denn anderes, als den verabscheuungswürdigen Versuch zu machen, die Werktätigen vor den Karren der imperialistischen Rüstungshaie, vor den Karren des Bonner Militarismus zu spannen und dabei zynisch das Elend der Arbeitslosigkeit und die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes auszunutzen?

Aber das Mißtrauen gegen solche Verräter, die Empörung über den schmutzigen Versuch, die Arbeiter den Kapitalisten ans Messer zu liefern, sind im Wachsen. So konnte man auf der Demonstration revolutionäre Parolen sehen. Eine Gruppe revolutionärer Arbeiter, unter ihnen auch Genossen unserer Partei, trugen auf der Demonstration Transparente mit, auf denen folgende Losungen standen: *„Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut!"* und: *„Keiner Entlassung darf zugestimmt werden!"*

Zweifellos wird alle Demagogie und alles Abwiegeln der Bonzen und Verräter nicht verhindern können, daß der Kampfwille und der Haß auf die Kapitalisten und ihre Lakaien unter den werktätigen Massen erstarken und daß sie sich zu machtvollen Kämpfen für die Verteidigung ihrer Interessen und zu Kämpfen gegen dieses Ausbeutersystem erheben. Dafür kämpfen auch unermüdlich die Kommunisten unter Führung der KPD/ML. In Bremen verteilten die Genossen anläßlich der Demonstration 6.000 Flugblätter vor den Großbetrieben und auf der Demonstration selbst, in denen die Arbeiterverräter entlarvt werden und die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes erklärt wird.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Nach 3 Monaten Verlängerung der Kurzarbeit beantragt:

Über 30 Millionen Zusatzgewinn für Mannesmann

Die Geschäftsleitung will die Kurzarbeit über September hinaus verlängern! Vorläufig ist die Rede von einem weiteren Monat. Offensichtlich verbirgt sich dahinter jedoch nur der Versuch, ihre von vornherein beabsichtigten sechs Monate stückchenweise durchzusetzen. Der durch drei Monate Kurzarbeit eingebrachte Zusatzgewinn von 17 Mio. DM reicht den Mannesmann-Herren nicht, sie wollen auf unseren Knochen 30 oder noch mehr daraus machen. Unter Umständen droht eine weitere Verlängerung der Kurzarbeitsperiode ins Jahr 78 hinein, da der Kanada-Auftrag, der ab Januar hätte laufen sollen, nicht zustandegekommen ist.

Mancher Kollege hatte bei drei Monaten Kurzarbeit bis jetzt noch gesagt: „Naja, für 50-80 DM Monatsverlust kann man mal zwölf Tage freimachen." — Klar, die Rechnung ist verständlich, denn wer ist nicht froh, bei der ständig steigenden nervlichen und physischen Belastung mal für ein paar Tage aus der Konti-Mühle rauszukommen. Doch das sind zwei Paar verschiedene Schuhe, die Frage der Freizeit, die wir dringend zur Erholung brauchen, und die Frage des Lohnes, den wir ebenso dringend brauchen. Beides gegeneinander aufzurechnen, sich Freizeit durch Lohneinbußen zu „erkaufen", das geht doppelt auf unsere Kosten! Wir müssen an beiden Fronten unsere Interessen gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigen bzw. ausbauen. Gegen die verschärfte Ausplünderung durch Rationalisierung, Steigerung der Arbeitshetze usw. müssen wir für die

Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Herabsetzung des Rentenalters bei sofortiger Zahlung der vollen Rente!

kämpfen.

Zur Sicherung unserer materiellen Lebenslage müssen wir dem von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsapparat gemeinsam durchgeführten Lohnabbau entgegentreten:

Echte Lohnerhöhungen erkämpfen! Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Alle Vermengungen der Fronten und „Erkaufen" von Vorteilen an der einen Front mit Nachteilen an der anderen tragen nur dazu bei, den Mannesmann-Herren ihre Profitsanierung auf unserem Rücken zu ermöglichen. Bei der beantragten Verlängerung wird das sehr deutlich. Denn ein Jahresverlust von rund 360 bis 400 DM bei sechsmonatiger Kurzarbeit macht sich bei geplanten Neuanschaffungen schon ganz schön bemerkbar. Hinzu kommt, daß die Geschäftsleitung beabsichtigt, den Sonntag doch wieder mit in die Kurzarbeit hineinzunehmen. Eine runde Verdoppelung des Monatsausfalls von 60 auf 120 DM wäre die Folge (Jahresausfall dann ca. 550 DM).

Kollegen! Gegen diese Abwälzung der Krisenfolgen durch die Kapitalisten auf unseren Rücken müssen wir uns wehren! Und je später wir damit anfangen, je mehr wir uns in dieser Hinsicht bieten lassen, je weniger unser kämpferischer Zusammenschluß vorangetrieben wird, umso schwächer ist unsere Position in künftigen Auseinandersetzungen. Daß diese noch in viel stärkerem Maße auf uns zukommen werden, zeigen besonders deutlich die wieder steigenden Zahlen der Arbeitslosen, Werksstillegungen und Rationalisierungsfeldzüge in der gesamten Stahlindustrie.

Lieber heute kämpfen, als morgen arbeitslos zu sein oder noch geringeren Lohn zu haben! Treten wir dem Lohnabbau durch Kurzarbeit entschlossen entgegen! Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Gewerkschaftsapparat gegen Lohnausgleich!

Allerdings auf den Gewerkschaftsapparat dürfen wir uns dabei nicht verlassen. Denn nicht anders als die Kapitalisten tritt er klar gegen unsere Forderungen auf. Der Arbeitgebervertreter und Mannesmann drohten in den Einigungsgesprächen auf die Frage des Lohnausgleichs brutal mit Massenentlassungen. Etwas getarnter, aber nicht weniger klar, tritt der Gewerkschaftsapparat auf. So hat die Bezirksleitung in Essen ganz offen zum Ausdruck gebracht, daß sie keinerlei Interesse daran hat, daß bei Kurzarbeit auf der Hütte ein Lohnausgleich erkämpft wird. Ihr unverschämtes Argument: Was sollen die Kollegen sagen, die voll arbeiten müssen, aber nicht mehr kriegen als die Kurzarbeiter!

Kollegen! Jeder Arbeiter weiß, daß die Arbeiterklasse nur gemeinsam ihre Interessen gegen die Kapitalisten verteidigen kann. Wenn in diesem Kampf die Belegschaft eines Werkes besondere Erfolge erzielt, so freut sich jeder ehrliche Kollege darüber. Gleichzeitig kann dieser Erfolg nur eine Stärkung im Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen sein, da er den anderen Kollegen zeigt, daß man Erfolge erreicht, wenn man konsequent dafür kämpft.

Wissen diese Herren IGM-Bonzen das nicht? Doch, natürlich. Aber sie wollen ja gerade jeden konsequenten Kampf verhindern, ihre Aufgabe ist es ja gerade, uns im Auftrag der Kapitalisten ruhig zu halten. Und da ist ihnen kein Argument zu mies, um die Kollegen gegeneinander auszuspielen, Unsicherheit zu verbreiten und den Kampf abzuwürgen.

Hand in Hand mit diesen Arbeiterverrätern marschiert der D„K"P/Knapp-Betriebsrat. Klar, in Worten haben sie anfangs einen Lohnausgleich gefordert. Doch zum einen preisen sie uns doch immer den Gewerkschaftsapparat als unsere Interessenvertretung und betonen: Ohne die Gewerkschaft können wir nichts machen. So setzen sie dann die Verratspolitik gegen uns doch durch. Zum anderen haben sie ja selbst in der Einigungsstelle und danach die Kapitulation vor Mannesmann betrieben und propagiert. Und auch jetzt deutet alles darauf hin, daß sie der Verlängerung der Kurzarbeit und der Streichung des Sonntags zustimmen werden.

Solange wir uns nicht vom Einfluß der Arbeiterverräter in unseren Reihen freimachen, solange werden wir uns gegen die immer brutaleren Angriffe der Kapitalisten nicht richtig zur Wehr setzen können und unsere Lage wird sich immer mehr verschlechtern. Wir müssen den Kampf für unsere Interessen selbst in die Hand nehmen!

Gegen Mitbestimmungsbetrug und Sozialpartnerschaftskumpanei!

Vorwärts im revolutionären Klassenkampf!

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Revisionistisches

ZU WENIG

Einer der Wahlschlager der französischen revisionistischen Partei und ihres Chefs Marchais war bisher die Forderung nach der Beschneidung der hohen Gehälter — mehr als ca. 4.000 DM sollte niemand verdienen dürfen. Damit wollten sich die Marchais-Revisionisten als eine Partei der kleinen Leute präsentieren, die die Großverdiener kräftig zur Kasse bittet — zum Wohle der Allgemeinheit. Aber inzwischen ist viel Wasser die Seine heruntergeflossen. Im nächsten Jahr sind Parlamentswahlen und der Revisionistenchef Marchais ist damit beschäftigt, sich Gedanken über seine Zukunft zu machen. Im Falle eines Wahlsieges der verbündeten revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien, so ließ er verlauten, würde ihn das Amt eines Wirtschafts- und Finanzministers reizen.

Warum? Weil er dort „einen unmittelbaren Einfluß auf die Lösung der sozialen Probleme ausüben" könne. Und er entwickelte auch schon erste Vorstellungen für die Führung dieses Ministeriums. Marchais erklärte jetzt, seine Berechnungen hätten ergeben, daß die Beschneidung der hohen Gehälter gar nicht so viel Geld bringen würde. Deshalb wurde die ursprüngliche Forderung aufgegeben. Offenbar hat Marchais damit einen wichtigen Schritt getan, um seine eigenen „sozialen Probleme" zu lösen. Denn ein Minister Marchais mit nur 4.000 DM Gehalt, das war wohl eine ziemlich schreckliche Vorstellung für ihn. Ganz abgesehen von dem Klüngel seiner Parteifreunde, der auch in das eine oder andere Minister-, Präfekten- oder Bürgermeisteramt drängt, oder sogar schon an der Futterkrippe sitzt.

Die französischen Werktätigen konnten sich anhand dieser „Berechnungen" des Revisionistenchefs wieder einmal davon überzeugen, was es mit dem angeblichen Kurswechsel auf sich hat, den die Marchais und Mitterand für den Fall ihres Wahlsieges versprechen. Nichts wird sich grundlegend ändern. Diese Leute sind genausolche Vertreter der Bourgeoisie, sind genauso korrupt wie die Giscard und Chirac.

Und Marchais wird sicher auch noch Berechnungen darüber anstellen, daß eine Enteignung der Kapitalisten sich nicht lohnen würde, weil sie auch nicht viel Geld einbrächte.

ERNEUERUNG DES PERSONALS

Die italienischen Revisionisten sind auf ihrem Weg an die Futtertröge der Bourgeoisie schon ein ganzes Stück weiter gekommen als ihre Gesinnungsfreunde in Frankreich. Sie haben mit dem Ministerpräsidenten Andreotti einen Pakt geschlossen, nach dem sie das reaktionäre Regierungsprogramm der Christdemokraten unterstützen und dafür am allgemeinen Postenhandel beteiligt werden. Ihre Parole heißt jetzt: „Eine radikale Erneuerung des Personals im gesamten wirtschaftlichen Sektor der öffentlichen Hand ist notwendig." So formulierte es das ZK-Mitglied Signorile. Und nach dem Schema „Einen Direktor für dich, einen Präsidenten für mich" betreiben die Revisionisten jetzt diese Erneuerung des Personals. Bei der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt sind — wie es heißt — die Pfründe schon aufgeteilt. Als nächstes ist das Bankwesen dran. Die großen Reden der Berlinguer über die angebliche Unbestechlichkeit der Revisionisten erweisen sich wieder mal als Lüge. Ganz zu schweigen von den Phrasen über eine Erneuerung der Gesellschaft. Ihnen geht es eben um die Erneuerung des Personals, das heißt darum, die Regierungsgeschäfte für die Bourgeoisie zu übernehmen.

Die Beziehungen zwischen Belegschaft und Betriebsleitern in Albanien

Radio Tirana, die Stimme des sozialistischen Albanien, sendete Anfang des Monats den folgenden Beitrag. Es ist die Antwort auf Hörerbriefe, in denen Arbeiter aus verschiedenen Ländern den Wunsch geäußert hatten, mehr über die Verhältnisse zwischen Arbeitern und Betriebsleitern in Albanien zu erfahren.

Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Betriebsleitern in Albanien sind Beziehungen der gegenseitigen Unterstützung und der Zusammenarbeit. Sie werden bestimmt von der sozialökonomischen und politischen Stellung der Arbeiterklasse und der Betriebsleiter im System des Sozialismus. Im sozialistischen Albanien ist die Arbeiterklasse die führende Klasse der Gesellschaft. Sie hat ihre politische Partei, die sie führt, und ihre marxistisch-leninistische Ideologie, die ihr den Weg erleuchtet. Sie steht in einer unmittelbaren Beziehung zur höchsten Form des sozialistischen Eigentums und zu den führenden Sektoren der Wirtschaft. Sie ist die bewußteste, organisierteste, diszipliniertеste Klasse.

Die Betriebsleiter sind Bestandteil der Armee von revolutionären Kadern, die aus den Reihen der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern hervorgingen. Sie verkörpern die Eigenschaften der Arbeiterklasse und dienen ihr zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele. Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, daß alle Formen der staatlichen, politischen, gesellschaftlichen, juristischen Verhältnisse zwischen ihnen auf der Basis und im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse aufgebaut sind. Dies kann man in jeder Arbeits- und Produktionsstätte feststellen.

Unser Korrespondent traf sich dieser Tage mit Arbeitern aus verschiedenen Industriebetrieben in Tirana und unterhielt sich mit ihnen über die Beziehungen zwischen der Belegschaft und den Betriebsleitern, dem Direktor, Chefingenieur usw.:

„Die Beziehungen zwischen Belegschaft und Betriebsleiter sind Beziehungen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit", sagte Rustem Peja, Arbeiter des metallverarbeitenden Betriebes „Enver Hoxha" in Tirana. „Sie zeigen sich in allen Aspekten der täglichen Arbeit und des Lebens hier im Werk und außerhalb des Werkes. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit kann man deutlich in unserer gemeinsamen Arbeit ablesen, die wir leisten, um die sozialistische Produktion voranzutreiben. Von den Lehren des 7. Parteitags der PAA geleitet, hat unser Kollektiv, um die imperialistisch-revisionistische Blockade zu durchbrechen, aus eigener Kraft 95% der Ersatzteile in unserem Produktionsbereich und viele neue Maschinen und Ausrüstungen hergestellt. Das erfolgte nicht aufgrund administrativer Anweisungen von oben her, sondern weil bei allen die solide politische Überzeugung geschaffen wird, daß die Herstellung in unserem eigenen Land möglich ist.

Die Betriebsleiter verhielten sich ermutigend. Sie setzten sich mit ins Team, hörten sich unsere Diskussionen und Vorschläge an, beteiligten sich daran, erörterten alles mit dem gebührenden Ernst und trafen die technisch-organisatorischen Maßnahmen, um sie in die Tat umzusetzen. Sie nahmen gleichzeitig an der Produktion teil, und dabei haben sie sich so eng mit uns verbunden, daß es für einen Fremden kaum möglich ist, sofort zu erkennen, wer der Arbeiter und wer ein Leiter ist."

Arbeiter dieses Werkes verwiesen darauf, daß die Beziehungen zwischen ihnen und den Betriebsleitern von einer echten revolutionären Freundschaft gekennzeichnet sind aufgrund von Eigenschaften, die die PAA den Kadern anerzogen hat wie Einfachheit, Ehrlichkeit, Weisheit, Aufopferungsgeist, Liebe zu den arbeitenden Menschen usw. Man sieht stets die Fürsorge der Betriebsleiter auch für die Gesundheit der Arbeiter, für ihr Leben und ihre persönlichen Angelegenheiten im Werk und außerhalb des Werks.

Wenn man die Arbeiter über die Kader sprechen hört, kann man verstehen, wieso aus den Reihen der Arbeiter dieses Werkes Dutzende leitender Kader hervorgegangen sind, die heute in verantwortungsvollen Positionen in der Partei und den Staatsorganen tätig sind, und wieso 40% der Werktätigen und Angestellten der Ministerien und der anderen staatlichen Institutionen aus den Reihen der albanischen Arbeiterklasse hervorgegangen sind.

Ein Ausdruck der Beziehungen der gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit ist auch die Tatsache, daß bei der Ernennung, der Versetzung oder der Entlassung von leitenden Kadern der Betriebe auch die Meinung der Arbeiter eingeholt wird. Es wird also die Entscheidung von oben, von den höheren Partei- und Staatsorganen mit dem Urteil des Kollektivs von unten verbunden nach den Prinzipien der sozialistischen Demokratie. Interessant ist auch die Tatsache, daß die Betriebsleiter sowohl den höheren Partei- und Staatsorganen verantwortlich sind als auch der Masse der Werktätigen. Sie stehen unter ihrer ständigen Kontrolle. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, daß sie vor der Masse der Arbeiter rechenschaftspflichtig sind und so auch in Bezug auf alle Probleme des Betriebs. Damit wird in der Praxis die Idee des Genossen Enver Hoxha angewandt, daß die Betriebsleiter, ebenso wie alle anderen, Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes sind und sich dem Willen der Mehrheit, dem Willen der Arbeiterklasse unterzuordnen haben. Die Tätigkeit der Kader wird laufend von den Arbeiterkontrollgruppen kontrolliert. Diese von der Partei geleiteten Gruppen sind ein schlagkräftiges Instrument, um zu gewährleisten, daß die Parteilinie korrekt und genau von allen, auch von den Kadern und Betriebsleitern, angewandt wird.

Ein wichtiger Bestandteil der Festigung der Beziehungen zwischen Kadern und Arbeitern ist auch die Tatsache, daß die Betriebsleiter in jedem Jahr einen Monat lang direkt in der Produktion an der Seite der Arbeiter arbeiten. Ebenso ist es dabei wichtig, daß ein richtiges Verhältnis zwischen den Löhnen der Arbeiter und der Kader besteht. Gegenwärtig beträgt dieses Verhältnis 1 : 2, und es wird laufend verbessert.

Alle diese Faktoren, die Ausdruck der Beziehungen gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit sind, stählten das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen und festigten die Einheit des Volkes um die PAA.

Wir vergessen die grausamen Taten der deutschen faschistischen Besatzer nicht !

(Korrespondenz) Als Besucher einer albanischen Familie in dem Dorf Orman-Ciflik in der Nähe von Korça werden wir nach altem Brauch herzlich willkommen geheißen. Am Eingang des Hauses reichen uns alle Familienmitglieder die Hand. Die alte Mutter küßt jeden von uns und bittet uns in das gemeinsame Wohnzimmer. Nun werden wir zum zweitenmal wie alte Freunde der Familie begrüßt, und die Mutter erkundigt sich bei jedem Genossen nach dessen Befinden, den Eltern, der Familie. Gleichzeitig bringt die junge Frau des Hauses für alle Anwesenden Kognak, Raki und Süßigkeiten.

Nach der freundschaftlichen Begrüßung spricht die Mutter über die grausame Vergangenheit unter den faschistischen Besatzern. Während des Befreiungskampfes des albanischen Volkes war das Dorf Orman-Ciflik von einer sogenannten „Strafexpedition" der deutschen faschistischen Truppen heimgesucht worden, die sich in brutalster Weise an den Dorfbewohnern für die tapfere und mutige Teilnahme der besten Söhne und Töchter am bewaffneten Kampf gegen die faschistischen Besatzer rächen wollten. Hunderte der Dorfbewohner fanden einen grausamen Tod. Die Häuser waren verwüstet und in Brand gesteckt worden. Vor den Augen der Mutter waren ihr Mann, zwei ihrer Söhne und ein Neffe erschossen worden.

Die Mutter zeigte uns die Fotos der gefallenen Familienmitglieder und versicherte uns, daß ihre Tränen trotz der schrecklichen Erinnerungen an die damalige Zeit nicht Tränen der Verzweiflung sind. Daß sie der Partei der Arbeit und dem Genossen Enver von Herzen dankbar ist für das glückliche Leben im heutigen Albanien. Und daß es die Partei und der Genosse Enver Hoxha sind, die es ihr heute, viele Jahre nach der Befreiung Albaniens, ermöglichen, junge deutsche Kommunisten in ihrem Haus zu empfangen als Freunde und Brüder des albanischen Volkes. Sie wünscht uns immer wieder Erfolg bei der Arbeit und dem Kampf für die Befreiung unserer Heimat.

Die albanischen Genossen, bei denen wir zu Gast sind, bekunden immer wieder die Verbundenheit des albanischen und deutschen Volkes und unserer Parteien. Wir erwidern nach dem Brauch des Dorfes die Trinksprüche und drücken der Familie unsere Achtung vor dem albanischen Volk und seiner ruhmreichen Partei aus. Wir bedanken uns für die Herzlichkeit und die Gastfreundschaft, die wir überall in Albanien erfahren haben.

Auch wir werden die grausamen Taten der faschistischen deutschen Besatzer nicht vergessen. Wir werden unseren Kampf für die proletarische Revolution verstärken und dann mit dem Sturz des westdeutschen Imperialismus die Wurzeln des Faschismus ein für allemal ausrotten.

Radio Tirana — Ausgewählte Sendungen

veröffentlicht.
Aus dem Inhalt: • Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien; • Albaniens Ansichten in internationalen Fragen; • Theoretische Artikel; • Wichtige Erklärungen und Dokumente.
Erscheint vierzehntägig. Im Jahresabonnement DM 26,00, im Halbjahresabonnement DM 13,00, Einzelheft DM 1,00. Abonnenten erhalten kostenlos zweimal im Jahr ein halbjährliches Gesamtinhaltsverzeichnis, für Einzelbesteller DM 1,00. Zu bestellen bei Rotfront-Verlag, 2300 Kiel 1, Postfach 3746.

Vom Aufbau des Sozialismus

TAG DER VOLKSPRESSE

Im ganzen Land findet aus Anlaß des 35. Jahrestages der albanischen Volkspresse, der am 25. August begangen wird, eine Reihe von Veranstaltungen statt. In den verschiedenen Bezirken des Landes werden dieser Tage Versammlungen durchgeführt, an denen Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Mitarbeiter und freie Korrespondenten der zentralen Presseorgane, der albanischen Telegraphenagentur ATA, des Rundfunks und des Fernsehens und der lokalen Presseorgane teilnahmen. Auf diesen Versammlungen wurde über den ruhmreichen 35jährigen Weg der Volkspresse gesprochen, die von der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze gegründet wurde. Bei dieser Gelegenheit ist betont worden, daß die albanische Volkspresse, die ihren Werdegang mit der Herausgabe der ersten Nummer der Zeitung „Zëri i Popullit" am 25. August 1942 begann, eine machtvolle Tribüne des revolutionären Denkens ist, die in alle Teile Albaniens und in der ganzen Welt das mächtige und flammende Wort der Partei der Arbeit und des Genossen Enver Hoxha sowie ihre konsequente marxistisch-leninistische Linie bekanntmacht. Die albanische Volkspresse ist als Tribüne der Revolution gleichzeitig die Tribüne des Volkes, das diese Revolution durchführt. Durch die Volkspresse spricht die PAA ständig zu den Massen und die Massen sprechen zur Partei. Darin liegt die Lebenskraft der albanischen Volkspresse.

„LANDWIRTSCHAFT — SACHE DES GANZEN VOLKES"

Die Werktätigen der Landwirtschaft in Albanien arbeiten mit hohem revolutionären Bewußtsein, um die Schwierigkeiten der Trockenheit zu überwinden, die nunmehr seit einigen Monaten andauert. In allen Agrarwirtschaften ist die Bewässerung zur Tagesaufgabe erklärt worden. Zu diesem Zweck werden alle verfügbaren Wasserquellen mittels der zahlreichen Bewässerungsanlagen genutzt. Für diese Aktion, im Kampf gegen diese Naturerscheinung, durch die erreicht werden soll, daß die Trockenheit die landwirtschaftliche Produktion nicht beeinträchtigt und die Planaufgaben des Jahres 1977 verwirklicht werden, leisteten auch die Arbeiterklasse und andere Werktätige der Städte sowie die Jugend einen bedeutenden Beitrag. Indem die revolutionäre Losung der Partei: „Die Landwirtschaft ist Sache des ganzen Volkes!" in die Tat umgesetzt wird, unternehmen Tausende Werktätige der Städte, Schüler und Studenten Massenaktionen an der Front der Bewässerung. Als Ergebnis dieser allseitigen Mobilisierung werden die durch die Trockenheit verursachten Schwierigkeiten erfolgreich überwunden.

30 BERGWERKE WERDEN ENTSTEHEN

In den verschiedenen Bezirken Albaniens werden eine Reihe von neuen Bergwerken erschlossen und neue Produktionssektoren bei den bestehenden Bergwerken in Betrieb genommen. Die Bauarbeiter dieser Bergwerke überboten beim Bau den Plan und wandten dabei die neuesten technisch-wissenschaftlichen Methoden an. Im Laufe dieses Fünfjahrplans werden in Albanien, dem Prinzip entsprechend, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, etwa 30 Bergwerke gebaut werden. Weiter werden auch einige Erzanreicherungsfabriken errichtet. Als Ergebnis der wichtigen Erzlagerforschungen der albanischen Geologen, insbesondere in den letzten 16 Jahren, werden in Albanien derzeit zum Nutzen der wirtschaftlichen Stärkung des Landes in großem Maße Bodenschätze wie Chrom, Eisennickel, Kupfer, Steinkohle, Erdöl, Erdgas usw. gewonnen. Die rasche Entwicklung der albanischen Industrie stützt sich auf die Rohstoff- und Energievorkommen des Landes.

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Infame imperialistische Propaganda

Immer wieder und in allen kapitalistischen Ländern der Welt sind politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Aller anderen Kampfmöglichkeiten beraubt, um Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen, verweigerten sie mit ungeheurer Willensanstrengung oft wochen-, ja monatelang die Nahrungsaufnahme und nahmen ihren möglichen Tod in Kauf, um die Gefängnisleitung und die Klassenjustiz angesichts dieser Drohung, vor den Werktätigen und der gesamten Öffentlichkeit als verantwortlich für den Tod von politischen Gefangenen angeprangert zu werden, zum Nachgeben zu zwingen.

Die westdeutschen Imperialisten hetzen jetzt sogar gegen diese letzte, verzweifelte Möglichkeit der politischen Gefangenen der RAF, sich gegen ihre Haftbedingungen zu wehren. Unter dem Motto „Der Staat darf sich nicht erpressen lassen", läuft gegenwärtig eine widerliche Propagandakampagne mit dem Ziel, den imperialistischen Staat von jeder Verantwortung für den Tod eines hungerstreikenden politischen Gefangenen reinzuwaschen.

Unter demagogischer Ausnutzung der massiven Proteste, die sich gegen die brutale Zwangsernährung der politischen Gefangenen erhoben, die, statt daß man ihnen ihre Forderungen erfüllte, gewaltsam, in einer quälenden Tortur, künstlich ernährt wurden, wird jetzt unter dem Deckmantel der Humanität und der „Freiheit des einzelnen" gegen die Zwangsernährung, für den Tod der politischen Gefangenen Propaganda betrieben. So läßt etwa Springers „Welt" Joseph Augstein unter der Überschrift „Die Zwangsernährung wird zur Folter" sagen: „Die freie Entscheidung des Gefangenen, nichts essen und trinken zu wollen, ist meines Erachtens grundsätzlich zu respektieren." Und: „Man kann niemand zwingen, sein Leben weiterzufristen, wenn es für ihn nicht mehr lebenswert ist." Augsteins Plädoyer gegen die „Zwangsernährung" gipfelt in der Feststellung: „Es würden dann auch nur noch Gefangene Essen und Trinken verweigern, die ernsthaft sterben wollen. Die unerträgliche Erpressung des Staates würde aufhören."

Was heißt hier „unerträgliche Erpressung"? Jeder Kampf, den die Werktätigen für die Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Kapitalisten oder ihren Staat führen, ist in gewisser Weise eine Erpressung. Oder haben die Kapitalisten und ihr Staat jemals freiwillig eine Forderung der Werktätigen erfüllt? Und haben die Kapitalisten schon jemals eine Forderung der Werktätigen „erträglich" gefunden? Im Gegenteil. Es ist die Regel, daß sie die gerechten Forderungen der Arbeiter, der Jugendlichen, der werktätigen Bauern usw. als „unerträglich" bezeichnen und sie so vor dem werktätigen Volk verleumden wollen. Genauso ist es auch mit den Forderungen der politischen Gefangenen der RAF. Was ist für die Werktätigen „unerträglich" daran, daß sie mit mehreren politischen Gefangenen in einem Gefängnistrakt sein wollen? Die Zusammenlegung von politischen Gefangenen ist eine alte Forderung und wird selbst in einigen faschistischen Staaten erfüllt. „Unerträglich" dagegen ist diese Forderung für den kapitalistischen Staat. Denn dieser Forderung nachzugeben, heißt nichts anderes als zuzugeben, daß es in der Bundesrepublik entgegen den Lügen der zuständigen Minister politische Gefangene gibt, daß die RAF-Gefangenen solche politischen Gefangenen sind und keine gemeinen Mörder und Räuber, wie die bürgerliche Propaganda behauptet. „Unerträglich" ist diese Forderung für die Klassenjustiz auch deshalb, weil sie weiß, daß die Erfüllung dieser Forderung ihren Kampf gegen die politischen Gefangenen erschweren wird, daß sie es den politischen Gefangenen erleichtert, sich gemeinsam gegen Angriffe der Klassenjustiz und der Gefängnisleitungen zur Wehr zu setzen. Und die Bourgeoisie ist bereit, aus diesen Gründen die politischen Gefangenen der RAF sterben zu lassen!

Der Kampf der politischen Gefangenen der RAF gegen ihre Haftbedingungen hat unsere Solidarität. Nicht, weil wir politisch mit ihnen sympathisieren, wie die Bourgeoisie es immer wieder durch gezielte Falschmeldungen den Werktätigen weismachen will. Wir lehnen ihre politische Linie des individuellen, von den Massenkämpfen isolierten Terrors ab. Aber ihr Kampf gegen die Haftbedingungen, denen sie unterworfen sind, ist gerecht. Die faschistische Propaganda, mit der gegenwärtig versucht wird, ihren möglichen Tod auf infamste Weise zu rechtfertigen, muß bekämpft werden!

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNSTER

Der Antrag des Genossen Wolfgang Brod, ihn nach Ablauf von 2/3 seiner Haftzeit zu entlassen, ist abgelehnt worden! Und das, obwohl die Gefängnisleitung seine vorzeitige Entlassung, die im übrigen bei jedem wegen krimineller Delikte Verurteilten üblich ist, befürwortete. Der Grund für die Verweigerung der vorzeitigen Entlassung liegt also genau wie auch bei Genossen Sascha Haschemi einzig und allein in der politischen Gesinnung des Genossen. Bei Sascha wie auch bei Heinz Baron, bei dem die vorzeitige Entlassung ebenfalls zunächst abgelehnt worden war, hatte die Klassenjustiz klipp und klar erklärt, daß jemand, der für die gewaltsame Revolution eintrete, nicht vorzeitig entlassen werden könne. Mit solchen Begründungen ist aber die Verweigerung der vorzeitigen Entlassung nichts anderes als ein Schritt hin zu der faschistischen Schutzhaft, wie sie im Hitlerfaschismus existierte und heute von einigen Politikern auch bereits wieder propagiert wird. Deshalb, weil diese Maßnahme vom Haß des kapitalistischen Staates gegen die Kommunisten diktiert ist, kann man nicht hoffen, daß juristische Schritte allein zum Erfolg führen können. Nur durch den Kampf der Partei, durch eine breite Solidarität kann erreicht werden, daß Wolfgang doch vorzeitig entlassen wird!

Die Solidarität erkämpfte die Freilassung des Genossen Heinz Baron.

KIEL

Wie der „Rote Morgen" berichtete, wurde im Februar dieses Jahres, vor der zweiten großen Demonstration gegen das KKW in Brokdorf, ein Flugblatt an Bauern dieses Gebiets verteilt, in dem zu Gewalttaten gegen die Bauern aufgerufen wurde. Bei diesem Flugblatt, das den Aufdruck „KPD/ML Landesverband Wasserkante" trug, handelte es sich um eine gezielte Provokation gegen die Partei. Gegen diese Fälschung wurde Strafanzeige erstattet. Wie jetzt bekannt wurde, hat die Staatsanwaltschaft Kiel bereits im April die Ermittlungen, die sie aufgrund der Anzeige aufnehmen mußte, wieder eingestellt. Begründung: Der Herausgeber des Flugblatts könne nicht ermittelt werden.

Schreibt den Genossen in Haft!

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2

Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstr. 30

Wolfgang Brod, 4400 Münster, JVA, Gartenstr. 26

BERICHTIGUNG

Im letzten „Roten Morgen" wurde aufgefordert, dem Genossen Manfred Schönenberg ins Gefängnis zu schreiben. Genosse Manfred ist aber bereits seit einigen Wochen, nachdem er eine mehrmonatige Gefängnisstrafe wegen einer antifaschistischen Aktion in Köln vollständig absitzen mußte, wieder aus dem Gefängnis entlassen. Weiterhin in Haft ist dagegen der Genosse Wolfgang Brod.

Spenden

Im August gingen folgende Spenden auf das Spendenkonto des „Roten Morgen" ein:

R. J., München, 26. 7.	20,00
G. S., Essen. 26. 7.	10,00
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Bremen, 29. 7.	122,00
Gen. aus Bielefeld, 5. 8.	31,70
Gen. von Bayer-Leverkusen, 12. 8.	135,00
	373,30
	===

SPENDEN FÜR DEN ROTEN MORGEN

bitte einzahlen auf die Konten: Vorstand der KPD/ML (Spendenkonto), Stadtsparkasse Dortmund, Kto. Nr. 321 004 547, und KPD/ML, Spendenkonto, PSchKto. Nr. 64 20 — 467, PSchA Dortmund.

Der dritte Versuch

„Roter Morgen drohte in Meppen", verkündete am 20. 8. 77 in großen Lettern die „Neue Osnabrücker Zeitung". Und zu Beginn des entsprechenden Artikels hieß es: „ ‚Eine 90 Kilo schwere Bombe wird am Dienstag, dem 9. August, um 9.40 Uhr auf einem Meppener Schulhof gezündet', so hieß es in einem Drohbrief an die Redaktion der ‚Meppener Tagespost!' Das drei Seiten umfassende Schreiben war mit ‚Aktionsgemeinschaft Roter Morgen' unterzeichnet und enthielt die Forderung, in einer bestimmten Toilette des Schülerzuges Meppen-Emden 500.000 DM und zwei Polizeifunkgeräte zu hinterlegen. Wenn dies nicht geschehe, werde der Zug in die Luft gesprengt." — So weit der fettgedruckte Vorspann des Artikels.

Nach dem Versuch, den „Roten Morgen" mit dem Tod von Ponto in Verbindung zu bringen, nach dem Versuch, ausgerechnet den „Roten Morgen" verantwortlich für die Entführung des Kriegsverbrechers Kappler aus einem italienischen Gefängniskrankenhaus zu erklären, ist das bereits das dritte Mal, daß versucht wird, mit Hilfe einer faschistischen Provokation die Werktätigen gegen den „Roten Morgen" aufzuhetzen. Und zwar auf geradezu dummdreiste Art und Weise. Denn wer den Artikel aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung" zu Ende liest, der erfährt, daß längst klar ist, daß der Schreiber dieses Briefes sogar nach Auffassung der Polizei nichts mit einer revolutionären Partei zu tun hat und schon gar nicht mit der KPD/ML, deren Zentralorgan der „Rote Morgen" ist.

Warum die „Neue Osnabrücker Zeitung" dann trotzdem in der Überschrift und im fettgedruckten Vorspann ihren Lesern gegenüber den Eindruck zu erwecken versucht, als habe der „Rote Morgen" etwas mit diesem verabscheuungswürdigen faschistischen Plan zu tun? Weil der bürgerlichen Presse kein Mittel zu schmutzig, keine Methode zu infam ist, um die KPD/ML, um ihr Zentralorgan vor den Werktätigen zu verleumden und den Eindruck zu erwecken, sie wolle Gewalt gegen das Volk anwenden. Das ist nicht der erste Versuch, und es wird nicht der letzte bleiben. Aber den Urhebern dieser Provokationen und ihren Soldschreiberlingen in den Redaktionen der bürgerlichen Zeitungen können wir schon heute versichern, daß sie auf diese Weise nicht werden verhindern können, daß die Werktätigen erkennen, daß sie nur auf dem Weg des gewaltsamen revolutionären Kampfes gegen ihre Unterdrücker ihre Freiheit erringen können. Im Gegenteil. Sie sorgen dafür, daß die Werktätigen immer klarer erkennen, daß sich dieser Kampf auch gegen alle Handlanger der Bourgeoisie richten muß.

Essen: Drohungen gegen Vermieterin des Parteibüros

BOMBENDROHUNG

In der Nacht von Samstag, den 20.8 auf Sonntag, den 21.8 ging bei der Vermieterin unseres Ladenlokals eine anonyme Bombendrohung durch einen männlichen Telefonanrufer ein. Entweder sie kündige der Buchhandlung „Roter Morgen" oder eine Bombe werde hochgehen! Mit hinterhältigen und verbrecherischen Methoden soll nur die Existenz einer Buchhandlung mit kommunistischer u. Arbeiter-Literatur verhindert [illegible]

Wir haben bei der Polizei Anzeige wegen Erpressung und Nötigung gemacht. Nach Angaben der Kripo ist es jedoch nicht möglich, die bedrohten Einrichtungen unter Polizeischutz zu stellen

IN UNSERER REPUBLIK HABEN LANGST NICHT ALLE BÜRGER ANSPRUCH AUF SCHUTZ. DER BLEIBT DEN SOG. „GEFÄHRDETEN PERSONEN", DEN MINISTERN, BANKIERS, GEWERKSCHAFTSBONZEN VORBEHALTEN. [illegible]

Nur wenige Wochen, nachdem die Vermieterin des Parteibüros in Essen mit Telefonanrufen schikaniert und von mehreren Typen in ihrem kleinen Zeitschriftenladen bedroht worden ist, wird erneut versucht, sie unter Druck zu setzen, damit sie der KPD/ML kündigt und die Partei so ihr Büro in Essen verliert.

Wiederholt klingelte in der letzten Woche nachts das Telefon bei ihr. Wenn sie den Hörer abnahm, meldete sich niemand. Bis zur Nacht von Samstag auf Sonntag. Da drohte ihr ein anonymer Anrufer: Sie wisse doch, daß die KPD/ML schon einmal von einer Gruppe überfallen worden sei (von D„K"P-Schlägern — RM), wenn er aber jetzt mit seinen Leuten käme, dann würden sie Kleinholz machen — aus dem Büro der Partei und auch aus ihrem eigenen Zeitschriftenladen... Die Partei in Essen hat die Bevölkerung sofort mit einer Wandzeitung am Büro über diesen erneuten faschistischen Terror informiert.

Anschlag auf Parteibüro in Lübeck

In der Nacht vom 16. auf den 17. August wurden die Türscheiben des Buchladens „Roter Morgen" zertrümmert. Eine Frau aus einem gegenüberliegenden Haus hatte beobachtet, daß vier Männer mit einem mitgebrachten Ziegelstein die Scheiben einschlugen und dann sofort wegliefen. Wer die vier Männder waren, die diesen faschistischen Anschlag verübten, steht noch nicht fest. Möglicherweise handelt es sich um Faschisten aus den Reihen der „Jungen Nationaldemokraten", die erst wenige Tage vorher, am 13. 8. 77, auf dem Lübecker Marktplatz unter starkem Polizeischutz eine Kundgebung durchführten. Die Partei und Genossen des KBW hatten darauf mit einer Gegenkundgebung und mit antifaschistischen Parolen geantwortet.

Willkürliche Verhaftung

Nur wenige Tage, nachdem auf die Kanzlei des Rechtsanwaltes Croissant in Stuttgart ein Bombenattentat verübt worden war, wurden jetzt einer der in dieser Kanzlei tätigen Anwälte und sechs andere Personen in Frankfurt von der Polizei überfallen.

Rechtsanwalt Newerla, der unter anderem Jan-Carl Raspe verteidigt, und die anderen Personen befanden sich auf dem Weg von der Frankfurter Universität zu einer Gaststätte. Bereits unterwegs wurden sie von mehreren zivilen Autos verfolgt. Vor der Gaststätte wurden sie von den Polizeibeamten in zivil angehalten, weil angeblich eine Personalienkontrolle durchgeführt werden müsse. Daß dies aber nur ein Vorwand war, zeigte sich bald. Denn obwohl jede der sieben Personen einen Personalausweis vorzeigen konnte, wurden sie zunächst mit vorgehaltener Pistole gezwungen, sich auf der Straße auf den Boden zu legen, dann ins Polizeipräsidium mitgenommen, dort erkennungsdienstlich behandelt und teilweise mißhandelt und 36 Stunden festgehalten. Nach Angaben von Rechtsanwälten wurden gleichzeitig in drei Wohnungen Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen man hoffte Material zu finden, um eine Anklage gegen die festgenommenen Personen zusammenzimmern zu können.

Dieser Überfall auf Rechtsanwalt Newerla und die anderen Personen ist ein weiterer Versuch der Bourgeoisie, Anwälte, die die politischen Gefangenen der RAF verteidigen, zu kriminalisieren, sie ebenfalls als „Terroristen" zu verfolgen und schließlich auszuschalten, wie es bereits bei dem Hamburger Rechtsanwalt Groenewold, dem Stuttgarter Rechtsanwalt Croissant und anderen der Fall war. Es ist kein Zufall, daß sich diese Angriffe auf die Verteidiger immer dann verschärfen, wenn sich auch die Angriffe auf die Gefangenen selbst verstärken. Denn in solchen Situationen fürchtet die Klassenjustiz diese Anwälte, die die einzige Verbindung zwischen den Gefangenen und der Öffentlichkeit darstellen besonders — als einzige Zeugen, die die Wahrheit über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen verbreiten können.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen“ Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Nestlé tötet Babies!

Liebe Genossen,

in den letzten Jahren häufen sich immer mehr Nachrichten über Krankheitserreger in Nahrungsmitteln. So berichtet vor kurzem der „Rote Morgen“ Nr. 30/77 unter der Überschrift „Nudeln mit Salmonellen“, daß bei einer Überprüfung in Baden Württemberg in den Teigprodukten von 18 Betrieben Krankheitserreger festgestellt wurden. Im „Roten Morgen“ Nr. 34/76 findet sich ein Artikel über die Erkrankung von Säuglingen an Durchfall durch Salmonellen in der Baby-Nahrung der Firma „Humana“ aus Herford. Mit Salmonellen hat nun auch der Nestle-Konzern wieder von sich Reden gemacht.

Vor ungefähr einem Jahr wurde von den „schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik“ in einer Studie veröffentlicht (siehe dazu auch „Roter Morgen“ Nr. 11/76 und 27/76), wie Nestle, der zweitgrößte Nahrungsmittelkonzern der Welt, die Ausweitung der Märkte für sein Unternehmen zur Erzielung von Maximalprofiten erreicht. Damals wurde aufgedeckt, daß Nestle durch den Verkauf von Flaschennahrung in den unterentwickelten Ländern Schuld am Tod und der bleibenden Schädigung Tausender von Kindern trägt. Mit skrupellosen Werbemethoden hat Nestle versucht, die Mütter zur Umstellung auf Flaschennahrung zu bringen, obwohl es dem Konzern bekannt war, daß die Saugflaschen infolge der mangelnden Hygiene in diesen Ländern zur Brutstätte von Bakterien und anderen Krankheitserregern werden — Krankheits- und Todesursache für viele Kinder. Nun ist es wiederum der Nestle-Konzern, der für die Salmonellenepidemie verantwortlich ist, die rund 140 Kleinkinder und einige Erwachsene im Bundesstaat Victoria in Australien erfaßt hat. Die Krankheit kann zu Fieber, Erbrechen, Durchfall, Dehydration und zum Tod der Babies führen.

Es wurde bekannt, daß das australische Tochterunternehmen des Nestle-Konzerns in seiner Fabrik Tongala bereits im August 1976 Salmonellenbakterien entdeckt, darüber aber niemand informiert hat. Eine defekte Milchtrocknungsanlage, die von den Bakterien infiziert war, blieb bis zum Ende der Saison im April 1977 in Betrieb, obwohl weiterhin pathogene Bakterien entdeckt wurden. Die Anzeichen einer Epidemie wurden Anfang Mai registriert. Erst Mitte Juli, also ungefähr 10 Wochen später, zog das Gesundheitsministerium Victorias die Babytrockenmilchpräparate Lactogen, Similac und Enfamil aus dem Verkehr.

Nestle, das am australischen Baby-Trockenmilchmarkt mit mehr als 50% partizipiert, geht es wie allen kapitalistischen Konzernen nur um ihren maximalen Profit und dabei gehen sie im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen.

Aus Profitgründen wurde der defekte Sprühtrockner nicht ersetzt, verseuchtes Milchpulver verkauft, und nun Babies sowie Erwachsene durch eine Krankheit gequält, die sogar den Tod zur Folge haben kann.

Und was macht der Staat?

Nicht nur, daß die Gesundheitsbehörde erst 10 Wochen nach Beginn der Salmonellenepidemie die Präparate aus dem Verkehr zog, zeigt, daß der Staat sich schützend vor den Konzern stellt, sondern auch, daß nachdem nun die Schuld von Nestle feststeht, die Gesundheitsbehörde erklärt, sie wolle vorläufig auf eine Strafanzeige gegen Nestle verzichten.

Rot Front! Ein Genosse aus Westberlin

Für die Polizei ist das reine „Routine“

Liebe Genossen,

wie weit die Entwicklung zum Polizeistaat schon vorangeschritten ist, zeigt sich auch an kleinen Begebenheiten, z. B. am unverschämten Verhalten der Polizei gegenüber der Bevölkerung.

Ich arbeite z. Zt. als Fahrer und muß häufig in die Hamburger Innenstadt. Die Parkmöglichkeiten sind sehr schlecht, es ist daher üblich mit dem LKW bei Anlieferungen auch mal kurz im Halteverbot zu stehen, oder in der 2. Reihe, soweit das niemanden stark behindert.

Groß war deshalb mein Erstaunen, als ich bei einer solchen Gelegenheit kürzlich einen blauen Zettel an der Scheibe fand: 20,00 DM Strafmandat. Der „Hilfssherrif“ (Polizisten in grauer Uniform) war erst wenige Wagen weiter. Ich ging also zu ihm hin und fragte ihn ruhig und höflich, warum er mir beim Be- und Entladen den Zettel angehängt habe. Ohne darauf einzugehen, verlangte der meine Papiere, die ich ihm auch gab. Ich dachte, er will sie nur sehen und dann geht alles klar. Denkste, er fing an etwas aufzuschreiben. Auf meine Frage warum das alles, bekam ich die Antwort: Falls Sie etwas unternehmen, brauchen wir genaue Angaben über Sie. Es gab nicht den geringsten Anlaß zu einer solchen Personenüberprüfung. Ich forderte den Polizisten nun auf, mir sofort meine Papiere zurückzugeben. Das geschah dann auch. Ich ging weiter meiner Arbeit nach.

Nachspiel: Die 20,00 DM mußte ich bezahlen. Zusätzlich bekam ich kurz darauf eine Mitteilung der Polizei, ich hätte den Einblick in meine Papiere verweigert und deshalb würde jetzt ermittelt. Die Polizei ließ es sich weiterhin nicht nehmen, auch noch bei meiner Firma anzurufen und nachzufragen, ob bei mir alles rechtens sei.

Man hält es nicht für möglich aber so etwas ist für die Polizei reine ‚Routine“, hier sieht man deutlich wofür sie da ist: die Werktätigen unterdrücken und die Großen beschützen. Man soll ständig mit Schuldgefühlen herumlaufen, es soll Angst erzeugt werden. Aber auf eins können die Herrschenden sich verlassen, immer mehr Menschen lernen diesen Staat durch solche Erfahrungen hassen.

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

Parteiveranstaltungen

Herne: Gedenkfeier zu Ehren des Genossen Mao Tsetung. Freitag, 9. 9. 1977, 19,30 Uhr, Gaststätte „Rychwald“.

Witten: „Albanien, das einzige sozialistische Land in Europa“. Freitag, 9. 9. 1977, 19 Uhr, Gaststätte „Zur alten Zeit“, Johannisstraße.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

Bericht von einem Arbeiterleben

R. stammt aus einer kinderreichen Familie. Fünf Buben, zwei Mädchen. Der Vater arbeitet in Okriftel am Main in der Papierfabrik des jüdischen Unternehmers Oppenheimer (1933 von den Nazis „enteignet“, nach dem Krieg treten die Amis das Erbe an. 1961 konkurs. 1.000 Arbeiter verlieren den Arbeitsplatz). Er flößt Holzstämme für die Papierverarbeitung. Eine schwere Arbeit. R. wird 1906 geboren. Kriegsjahre — Hungerjahre. Er beginnt ebenfalls bei Oppenheimer: erst Holz ausladen, Holz treideln, dann in der Papierherstellung. Bald lernt er seine Frau kennen, ein Höchster Arbeitermädchen. Man verliebt sich, heiratet 22- und 23jährig, zieht nach Höchst. Dort hat er Arbeit bei Renker in der Drahtfabrik.

Da trifft ihn das erste Mißgeschick: Motorradunfall auf dem Weg zur Arbeit. Die Kniescheibe ist total zertrümmert. Das Bein wird nie mehr gesund. Gang auf das Kreishaus zum Vertrauensarzt. Resultat: arbeitsfähig geschrieben — keine Unterstützung.

1929 — große Rezession. R. gehört zum Heer der Arbeitslosen. Inzwischen sind zwei Kinder da. Die Miete kann nicht bezahlt werden. Exmittiert. Umzug in ein Notquartier bei Höchst. Elend! Aber die Elendsjahre sind auch Kampfjahre. R. und alle seine Geschwister sind klassenbewußte Proletarier. Ihre Partei ist die KPD.



Exmittierung einer Arbeiterfamilie

Doch 1933 kommt die schreckliche Niederlage. Die Faschisten terrorisieren die Arbeiterviertel. Auch Nied, wo sie jetzt wohnen, wird von den braunen Horden heimgesucht.

R. erzählt: „Wir hatten Barrikaden gebaut und erwarteten die Faschisten auf der Brücke. Was kam, war mehr als wir erwartet hatten. Sie kamen zu Hunderten, motorisiert, schwer bewaffnet, mit Suchscheinwerfern. Sofort ging die Ballerei los. Widerstand der unbewaffneten Arbeiter war zwecklos. Wir rannten rein nach Nied, über einen Zaun — ich weiß bis heute noch nicht, wie ich das mit meinem kaputten Bein geschafft habe. Im Eckhaus wohnte Karl, ein bekannter Kommunist. Wir rein ins Haus und auf den Boden geworfen. Die Faschisten ballerten wahllos in die Häuser. Eiergroße Löcher schlugen ihre Kugeln in die Häuserwände. Die ganze Nacht suchten sie mit Scheinwerfern das Mainufer nach versprengten Arbeitern ab. Wenige Tage später wiederholte sich der gleiche Terror in der Engelsruhe, einem anderen Arbeiterviertel bei Höchst.“

R's Familie wird vom Faschismus schwer getroffen. Seit Generationen Arbeiter in Deutschland, wird nun ihre „orasische“ Herkunft zum Makel: Zigeunerblut. Arbeiter, Kommunisten, Zigeuner. Gefundener Anlaß für die Nazis, aufs grausamste vorzugehen. Fünf der sieben Geschwister kommen ins KZ. Für drei der Brüder mit Frauen und acht Kindern geht der Leidensweg über Mulde, Ravensbrück nach Auschwitz und endet in den Gaskammern der Nazi-Verbrecher. Die zwei Schwestern überleben das Konzentrationslager. Aber schwer erkrankt an Herz und Lunge sind sie vom Tode gezeichnet. Anfang der 50er Jahre sterben sie früh. Auch sie Opfer der Nazi-Barbaren.

Nur S. und R. bleiben verschont. S. hat einen Namen. Er war bekannter Sportler: Fußballspieler bei den Offenbacher Kickers. An ihn trauen sich die Nazis nicht heran. R. ist ein ruhiger Typ. Man kann ihm nichts anhängen. Dennoch die ständige Angst geholt zu werden und die tagtäglichen Schikanen.

Frau R. wird mit den Kindern zur Gestapo nach Frankfurt vorgeladen. Man photographiert sie und die Kinder wie gemeine Verbrecher, nimmt Fingerabdrücke — selbst von den Kindern. Sie hat helle blonde Haare. Man will ihr die Haare waschen, um die Echtheit zu prüfen. An ihrer arischen Abstammung ist nicht zu zweifeln. Man droht ihr, ihr Mann sei ein Verbrecher. Er komme ins KZ; sie mit, wenn sie sich nicht scheiden ließe.

Tapfer weist Frau R. die niedrigen Ansinnen der Nazis zurück: „Dann nehmen sie mich mit. Wo mein Mann hinkommt und es wird Brot gebacken, da wird auch für mich gebacken.“

Hitlers Arbeitsbeschaffungsprogramm bringt zwar zuweilen Arbeit, aber für einen Hungerlohn. R. schafft in der städtischen Gärtnerei, später bei einer Bauholzfabrik an der Kreissäge. 60 Pfg. die Stunde. Immer wieder holen ihn die Nazis zu schikanösen Arbeiten: Kasernen reinigen, Nachtwachen schieben. Nach Kriegsausbruch wird es noch schlimmer. Jede Woche muß R. sich bei der Kripo melden und wieder keine geregelte Arbeit. Mit dem kranken Bein macht R. die härteste Arbeit: Kohle schleppen, um wenigstens etwas Brot zu erwerben. Denn die Nazis geben ihm nichts, keine Lebensmittelkarte, kein Stück Brot. Und dann 1944 holen sie ihn doch noch: zur Zwangssterilisierung.

Auch die Kinder müssen bitter leiden. Auf der Schule schikaniert sie der faschistische Rektor. Die Tochter erhält von einer Klassenkameradin einen Federhalter geschenkt; der Rektor beschuldigt sie des Diebstahls. Natürlich ist die Mutter empört. Sie geht in die Schule. Es ist Bombenalarm. Im Luftschutzkeller stellt sie den Rektor zur Rede und sagt ihm ins Gesicht: „In meinen Augen sind Sie ein Lump“, und durch die Erfahrungen des 3. Reiches gewitzt, fügt sie hinzu: „Aber die Uniform schätze ich“. Der Rektor schreit: „das Kind hat geklaut“, und er beginnt das Kind mit Schlägen zu mißhandeln. Die Klassenkameraden sind aufs äußerste empört. Mit lauten Pfui-Rufen geben sie ihrem Haß und ihrer Empörung Ausdruck. Aber der Rektor ist der Stärkere. Wutverzerrt jagt er die Frau mit den Kindern auf die Straße, über die amerikanische Bombenflieger herjagen (Völker heißt das Schwein und vielleicht lebt er noch, und einer überbringt ihm diese Aufzeichnung).

Noch vor Kriegsende kommt wieder ein Mißgeschick. Der älteste Sohn, gerade 16 geworden, wird eingezogen und an die Westfront geschickt. Im Ostwald Gräben ausheben. Der Junge, der den Krieg haßt, rückt aus und läuft zu Fuß nach Frankfurt zurück. Völlig erschöpft und abgerissen kommt er zu Hause an. Sofort ist die Gestapo da und schleppt ihn ins Gefängnis. Das Gefängnis wird bombardiert. Wie durch ein Wunder überlebt der Junge, eng an die Wand gedrückt, die Zerstörung des Gefängnisses auf einem stehenbleibenden Mauerstück. Die Mutter bittet bei der Gestapo um die Herausgabe ihres Sohns: „Bitte, gebt mir meinen Bub.“ Antwort: „Er kommt nach Mülheim in die Jugendstrafanstalt. Sollten sie ihm zur Flucht verhelfen, kommen Sie ins KZ“. In Mülheim müssen die Jugendlichen Bäume fällen. Eines Tages, sie sind im Wald bei der Arbeit, ist wieder Fliegerangriff. Ein kleines Mädchen läuft frei auf der Straße. Der Junge springt auf, reißt das Mädchen von der Straße in den Graben und schützt sie mit dem Leib. Schon splittern Schrapnells. Ein Metallsplitter trifft ihn ins Bein. Der Junge soll bestraft werden: Unerlaubtes Entfernen von der Truppe. Strafe: Kahlschnitt. Als die Strafe vom Anstaltsleiter eigenhändig vollzogen werden soll, tritt das kleine Mädchen auf: „Papi, du darfst ihn nicht strafen, er hat mir das Leben gerettet.“ Sie war die Tochter des Nazi-Bonzen. Kurz darauf wird der Junge entlassen. Und so überlebt die Familie wenigstens heil den Krieg, nachdem ihnen auch noch ein Bombenangriff die letzte Habe genommen hatte.

Und nach dem Krieg? Für R's hat sich nicht viel geändert. Nach dem Krieg erhält er Arbeit am Osthafen. Kohlen und Eisen schleppen. Nach Abzügen bleiben ihm wöchentlich 20 Mark. Er klagt auf Anerkennung als Verfolgter des Nazi-Regimes, aber seine Klage wird nicht anerkannt, die Papiere verschwinden in Wiesbaden. Wieder muß er arbeiten: beim Straßenbau, bei Renker in der Drahtfabrik. Doch 1962 geht es entgültig nicht mehr. Endlich wird er erwerbsunfähig geschrieben und damit Frührentner. Der Rentenbescheid lautet auf 107,00 DM, für seine Frau: 15,20 DM. Er legt Widerspruch ein, geht vor's Sozialgericht und bekommt nach langen Mühen 343 DM zugesprochen, die Frau sage und schreibe 35 DM. Bescheid vom Sozialrichter: „Wissen Sie, Herr R., wenn wir Ihnen mehr geben würden, würde Ihnen die Sozialhilfe alles doch wieder abziehen.“

Und wie leben die R's heute? 343 DM und 35 DM Rente. 128 DM Krankengeld. 240 DM Zuschüsse vom Sozialamt. Abzüge: Gas, Licht, Sterbekasse. Bleiben zum Leben 581 DM. Davon leben drei Leute, denn sie haben noch ihr Enkelkind zu Hause, das sie großgezogen haben. Früher bekamen sie dafür Kindergeld. Aber als der Junge 18 Jahre alt war, wurde das sofort gestrichen, obwohl er noch in der Lehre ist. Ja die R's mußten sogar noch über 400 DM zurückzahlen, die sie fälschlicherweise „zuviel“ bezogen hatten. „Ja, wissen Sie“, sagt Frau R, „der Junge bekommt im 3. Lehrjahr 350 DM. Er hat mit seiner Verlobten eine kleine Tochter und gibt dafür Geld ab, außerdem braucht er Kleider und Fahrgeld. Da kann ich ihm doch nichts mehr abnehmen.“ So sind also die Segnungen unseres „Sozialstaates“ für eine alte Arbeiterfamilie.

„Es hat sich nichts geändert“, sagte Herr R., „dieselben Lumpen, die uns unser Leben lang schikaniert haben, sind auch heute am Ruder. Sie sind höchstens schlimmer als früher. Am liebsten hätten sie wieder freie Hand, wie im 3. Reich.“

„Ja“, sagt Frau R., „wann kommen die Arbeiter, die Kommunisten endlich an die Macht, daß mit dem Verbrecherpack endlich Schluß gemacht wird. Da würde sich zu leben lohnen, aber ein Leben, wie wir es gelebt haben, nochmal mitmachen, da wäre einem das Grab lieber.“



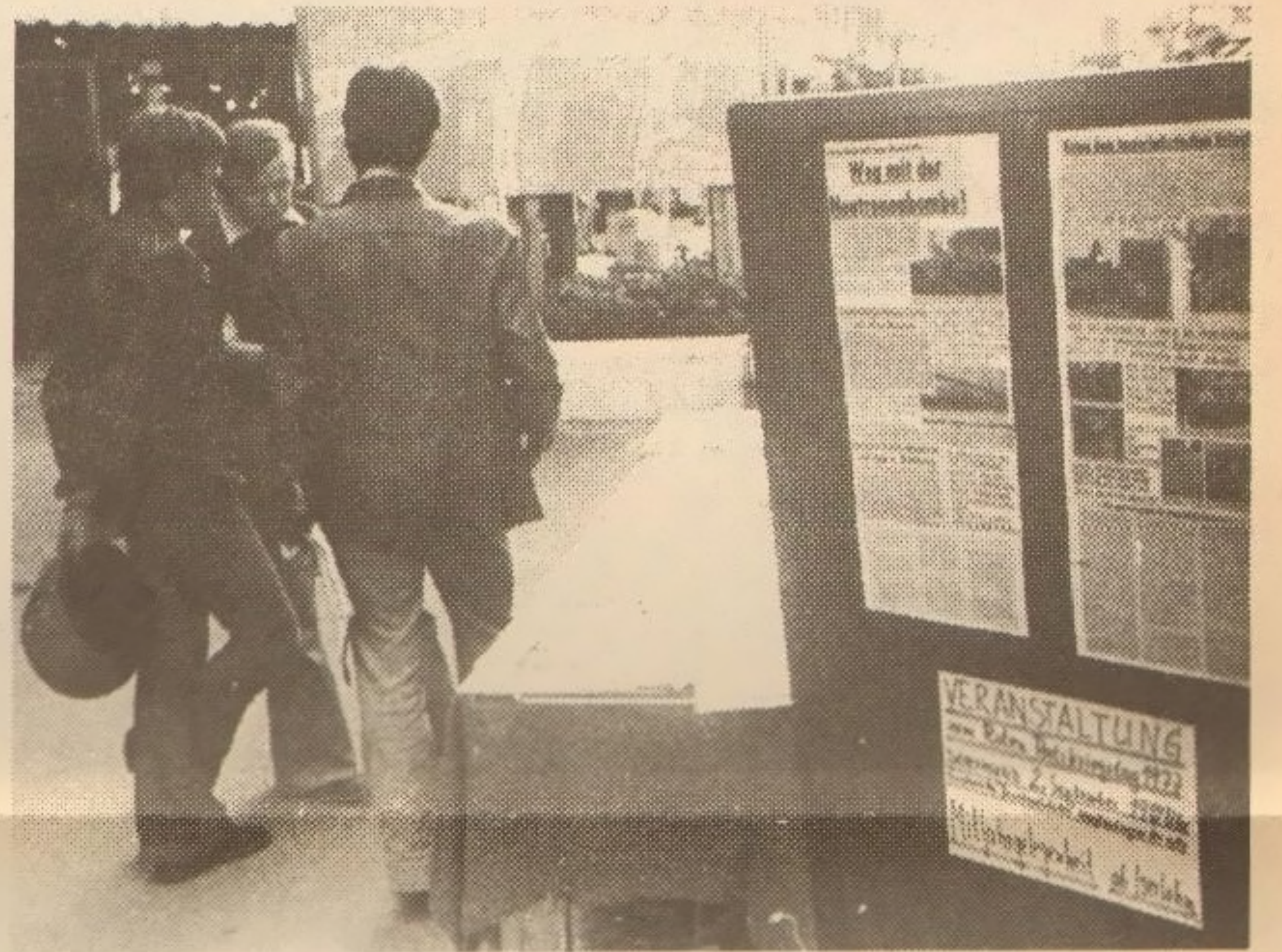


Am 13. August demonstrierte unsere Partei in Westberlin gegen die Mauer, gegen das sozialfaschistische Honecker-Regime in der DDR und seinen Oberherrn, den sowjetischen Sozialimperialismus, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte und ihre ostdeutschen Vasallen und westdeutschen Verbündeten.

August im Bild



In Bremen demonstrierten 8.000 Kollegen gegen Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Diese Transparente wurden von revolutionären Arbeitern gegen den Verrat des IGM-Apparats mitgetragen.



Überall in der Bundesrepublik rufen die Genossen der Partei zur Teilnahme an den Veranstaltungen der Partei zum Roten Antikriegstag auf. Unser Bild zeigt einen Stand der Partei in Iserlohn.



Am 18. 8., dem Tag der Ermordung Ernst Thälmanns durch die Hitler-Faschisten, hielt die Ortsgruppe Hamburg unserer Partei vor dem Wohnhaus Ernst Thälmanns in der Tarpenbeckstraße 76 eine Gedenkkundgebung ab.



Wie hier in Lübeck fanden in vielen Städten der Bundesrepublik Aktionen gegen den reaktionären Hitler-Film von Joachim Fest statt.



An einer Demonstration in Westberlin gegen die Fahrpreiserhöhungen, zu der unter anderem die Rote Garde aufgerufen hatte, beteiligten sich rund 800 Personen.



Große Empörung hat die Entführung des Kriegsverbrechers Kappler aus einem italienischen Gefängnis ausgelöst. Unser Bild zeigt eine Parole in Bochum, in der die sofortige Auslieferung Kapplers verlangt wird.

Aus aller Welt

ALBANIEN/BANGLA DESH

Die Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und die Regierung von Bangla Desh haben, ausgehend vom Wunsch, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern, die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und den Austausch von diplomatischen Vertretern auf Botschafterebene vereinbart.

PALÄSTINA

Die israelischen Zionisten fahren fort, die von ihnen 1967 besetzten Gebiete zu „judaisieren". Das bedeutet, daß die dort lebenden Palästinenser vertrieben werden, und auf ihrem Boden Wehrsiedlungen angelegt werden. Diese Siedlungen, die zumeist von schwerbewaffneten Mitgliedern der reaktionären zionistischen Organisationen bewohnt werden, haben die Aufgabe, die Kontrolle der Machthaber in Tel Aviv über diese Gebiete zu verstärken.

Die palästinensischen Volksmassen sind nicht bereit, diese Vertreibung von ihrem Land kampflos hinzunehmen. Täglich entwickeln sich machtvolle Demonstrationen, Streiks und andere Kampfaktionen. Daneben nimmt auch die Zahl der von den Partisanen durchgeführten militärischen Operationen ständig zu. Bei einem Angriff, der sich gegen die Wehrsiedlung Petah Tiqua richtete, wurden sieben Personen getötet und mehrere weitere verletzt. Außerdem wurden die Gebäude der Umgebung schwer beschädigt.

SUDAN

Eine amerikanische Militärdelegation hielt sich kürzlich zu einem dreiwöchigen Besuch im Sudan auf. Dabei wurde ein Abkommen über amerikanische Militärlieferungen abgeschlossen. Abkommen dieser Art wie überhaupt die Waffenlieferungen Washingtons dienen ausschließlich den imperialistischen Interessen der amerikanischen Supermacht. Die USA-Imperialisten machen sich natürlich keine Sorgen über die Verteidigung des Sudan oder irgendeines anderen Landes, mit dem sie ein ähnliches Abkommen geschlossen haben. Ihnen geht es darum, ihren Einfluß in Afrika in Rivalität mit den russischen Sozialimperialisten zu verstärken und auszudehnen.

Und ihre Militärhilfen sind genau wie die der russischen Supermacht an weitreichende politische und wirtschaftliche Bedingungen gebunden. Damit werden sie zu Fesseln für das betreffende Land, mit denen es enger an Washington gebunden werden soll.

SAUDI-ARABIEN

Auch das reaktionäre Regime Saudi-Arabiens soll weitere amerikanische Waffen empfangen. Gegenwärtig wird im Weißen Haus die Lieferung von sechzig Kampfflugzeugen des Typs F 15 überprüft. Wie gewöhnlich sollen auch amerikanische Instrukteure nach Saudi-Arabien geschickt werden, um die Streitkräfte des Landes in der Handhabung dieser neuen Waffe auszubilden. Das reaktionäre Regime in Saudi-Arabien gehört schon lange zu den bevorzugten Empfängern amerikanischer Rüstungsgüter.

Dieses Regime spielt auch eine immer wichtigere Rolle in den Weltherrschaftsplänen der amerikanischen Supermacht. Mit seiner Hilfe versucht Washington, die arabische Solidaritätsfront im Kampf gegen die israelischen Aggressoren zu durchbrechen und den Kampf gegen die Einmischung der beiden Supermächte zu sabotieren. Alle Pläne einer sogenannten „friedlichen Lösung" des Nahostkonflikts, die in Washington ausgeheckt werden, macht sich das saudische Regime zu eigen. Diese Pläne dienen aber nur dem Zweck, die palästinensische Befreiungsbewegung auszuschalten, den zionistischen Staat Israel zu stärken und den amerikanischen Einfluß im Nahen Osten zu vergrößern.

Saudi-Arabien ist auch der wichtigste Erdöllieferant für die amerikanische Wirtschaft, die in einer schweren Energiekrise steckt. Die USA benutzen die saudischen Reaktionäre, um die Front der OPEC-Länder zu spalten, und ihre Politik, das Erdöl vor dem Raub durch die Imperialisten zu schützen, zu sabotieren. Die verstärkte Waffenhilfe ist dabei ein Mittel, mit dem der USA-Imperialismus Saudi-Arabien noch stärker vor seinen Karren spannt.

BRASILIEN

Auch in der letzten Woche haben die brasilianischen Studenten ihre Kampfaktionen fortgesetzt. Tausende demonstrierten in den großen Städten des Landes unter Parolen wie „Nieder mit der Diktatur" und „Laßt die politischen Gefangenen frei!" Allein in Sao Paulo hatte das faschistische Militärregime 15.000 Polizisten eingesetzt, um die Demonstration der Studenten zu zerschlagen. Bei den schweren Kämpfen, die sich entwickelten, wurden mehrere Personen verletzt.

An den wichtigsten Universitäten des Landes ist mit einer Spendenaktion zur Unterstützung der Familien der von der Diktatur eingekerkerten Patrioten begonnen worden. Gleichzeitig fordern die Studenten den sofortigen Abzug der Polizeitruppen aus der Universität von Brasilia sowie die Absetzung des Rektors.

KOLUMBIEN

Von einer breiten Streikwelle ist Kolumbien gegenwärtig erfaßt. So stehen schon seit einem Monat die Arbeiter der Zementindustrie im Streik. Auch das Lehrpersonal der öffentlichen Grund- und Oberschulen ist in den unbefristeten Ausstand getreten. Das reaktionäre Militärregime, das schon im letzten Jahr den Ausnahmezustand über das Land verhängt hat, reagierte auf die anwachsenden Kämpfe mit einem faschistischen Terrorgesetz. Danach können jetzt streikende Arbeiter zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt werden.

CHILE

Die chilenische antifaschistische Nachrichtenagentur ANCHA berichtete über die Verfolgung der werktätigen Bauern durch das faschistische Pinochet-Regime. Mit brutaler Gewalt und mit schmutzigen Tricks gibt das Regime das Land an die ehemaligen Landbesitzer zurück. So haben zum Beispiel allein in der Magallane-Region über 1.200 Großgrundbesitzer das Land zurückbekommen, das einige Jahre zuvor an die armen Bauern verteilt worden war. Aufgrund dieser reaktionären Maßnahmen und der Verschärfung der Ausbeutung wächst der Widerstand der Bauern in weiten Gebieten des Landes ständig an.

Vor einiger Zeit haben sich in der Kolgagua-Region Hunderte von Bauernfamilien gegen die drohende Vertreibung von dem Land, das sie bebauen, zusammengeschlossen. Sie führten den Kampf zur Verteidigung ihrer Rechte unter der Parole: „Wir sind entschlossen, uns nicht länger ausbeuten zu lassen."





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland





EG-Beitritt Spaniens

Eine 'innere Angelegenheit' des Juan-Carlos-Regimes?

Das reaktionäre Juan-Carlos-Regime in Madrid hat bekanntlich vor einigen Wochen einen Antrag auf Aufnahme Spaniens in die EG gestellt. Von den westeuropäischen Imperialisten ist dieser Antrag lebhaft begrüßt worden, sehen sie dadurch doch die Möglichkeit, noch weiter nach Spanien einzudringen. Bonn beeilte sich, den Nachfolgern Francos in Madrid einen Persilschein auszustellen und bescheinigte ihnen, sie hätten „demokratische Strukturen hergestellt."

Welch ein Hohn! Das gegenwärtige Regime mit seiner Gallionsfigur Juan Carlos, den sich Franco selbst herangezogen und auf den Thron gehievt hat, ist alles andere als demokratisch. Mit faschistischem Terror unterdrückt es die Werktätigen. Die Spezialpolizei Guardia Civil, zu einem Symbol der Franco-Diktatur geworden, steht auch heute bereit, um im Auftrag der Bourgeoisie die Streikkämpfe und Massendemonstrationen der Werktätigen zu zerschlagen und zusammenzuschießen. Und diejenigen, die für eine wirkliche Demokratie kämpfen, für die Föderative Volksrepublik, die Kämpfer der PCE/ML und der FRAP sind trotz aller Versprechungen einer Generalamnestie auch weiterhin eingekerkert.

Dieses Regime muß genauso entschieden bekämpft werden wie die Franco-Diktatur, deren Nachfolger es ist. Es hat nicht das geringste Recht, sich — „demokratisch" aufgeputzt — als Vertreter des spanischen Volkes zu gebärden. Das ist für jeden Kommunisten, für jeden Revolutionär eine Selbstverständlichkeit. Nicht so für die Verfechter der opportunistischen „Drei-Welten-Theorie". Sie schrieben in einem ihrer Blätter anläßlich des geplanten EG-Beitritt Spaniens kaltschnäuzig: „Als souveräner Staat ist es einzig und allein die innere Angelegenheit Spaniens zu entscheiden, ob es der EG beitritt oder nicht. Es hat das volle Recht, seine Wahl zu treffen."

Diese Leute billigen dem reaktionären spanischen Staat, dem Instrument der einheimischen Bourgeoisie und der amerikanischen Monopole, die eine beherrschende Stellung in Spanien haben, das „volle Recht" zu, über das Schicksal des spanischen Volkes zu entscheiden. Und der machtvolle Kampf, den dieses Volk unter der Führung des Proletariats und seiner Partei gegen diesen Staat führt mit dem Ziel, ihn in der bewaffneten Revolution zu stürzen? Was ist er nach der Logik dieser Leute anderes als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bourgeoisie.

Ja, nach dieser Logik hätte jedes Unterdrückerregime das „volle Recht", nach Belieben mit den Völkern zu verfahren, wäre es zum Beispiel „einzig und allein die innere Angelegenheit" der südvietnamesischen Reaktionäre gewesen, die amerikanischen Aggressionstruppen ins Land zu holen, um den blutigen Terror gegen das Volk und die revolutionäre Bewegung zu entfachen.

Eine solche Logik predigen, heißt die vollständige Unterwerfung des Proletariats und des Volkes unter die Interessen der Ausbeuterklassen fordern. Die Kommunistische Partei Chinas ist in ihrer historischen Polemik gegen die Chruschtschow-Revisionisten Predigten dieser Art entschieden entgegengetreten, indem sie ihnen die marxistisch-leninistische Wahrheit entgegenhielt: „Von den geknechteten Massen und unterdrückten Nationen aus gesehen, besteht ihre Aufgabe im Sturz der Herrschaft des Imperialismus und seiner Lakaien sowie in der Erringung ihrer eigenen Freiheit. Sie dürfen keine Koexistenz mit dem Imperialismus und seinen Handlangern eingehen und können es auch nicht."

Die Vertreter der „drei-Welten-Theorie" stellen sich nicht nur gegen die Revolution der Völker, sie treten auch dem Kampf für die nationale Befreiung entgegen, obwohl sie sich den Anschein geben, als läge ihnen gerade die nationale Unabhängigkeit besonders am Herzen. Auch in dem erwähnten Artikel wird behauptet, der EG-Beitritt Spaniens sei deshalb notwendig, um die Unabhängigkeit des Landes gegenüber dem Hegemoniestreben des russischen Sozialimperialismus zu verteidigen. Aber wie sieht es denn aus mit dieser angeblichen Unabhängigkeit Spaniens? Um dieses Land als einen „souveränen Staat" zu bezeichnen, muß man sich schon eines dreisten Roßtäuscher-Tricks bedienen: nämlich die Existenz des amerikanischen Imperialismus vollständig zu verschweigen. Diese Supermacht jedoch verschwindet nicht einfach dadurch, daß manche Leute aufhören, sie zu bekämpfen.

Und was Spanien betrifft, sind über 50% der Wirtschaft, darunter die Schlüsselindustrien, in der Hand der Wallstreet-Monopole. Weite Gebiete des Landes haben Franco und seine Nachfolger an die USA-Imperialisten verkauft, die dort über 50 Militärstützpunkte und Anlagen errichtet haben. 30.000 Mann mit dem modernsten Kriegsrerät ausgerüstet, hält die amerikanische Supermacht dort unter Waffen.

Kampf um die nationale Unabhängigkeit — heißt das unter diesen Bedingungen nicht in erster Linie: für die Vertreibung der amerikanischen Besatzer, für den Sturz des reaktionären Juan Carlos-Regimes, das den Ausverkauf des Landes betreibt, zu kämpfen? Einen solchen Kampf hat das spanische Volk unter der Führung der PCE/ML aufgenommen. Und dazu gehört auch der entschiedene Widerstand gegen die Pläne, Spanien der EG anzugliedern und damit nicht nur den Ausverkauf an die amerikanischen, sondern auch an die westeuropäischen Monopole zu betreiben. Die Schreiber des erwähnten Artikels jedoch rühren nicht nur die Propaganda-Trommel für den EG-Beitritt, sie fordern auch ganz unverhüllt die Aufnahme Spaniens in das aggressive Militärbündnis des USA-Imperialismus, die NATO.

Das bedeutet nichts anderes, als unter dem Deckmantel der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit die vollständige Unterwerfung unter die amerikanische Supermacht und die westeuropäischen Imperialisten zu fordern. In der Polemik gegen die Chruschtschow-Revisionisten sagte die KP Chinas über diese Verräter: „Sie selbst machen keine Revolution, sie verbieten auch anderen, Revolution zu machen. Sie selbst bekämpfen den Imperialismus nicht, sie verbieten auch anderen, den Imperialismus zu bekämpfen."

Ist das nicht genau dasselbe, was heute auch die Vertreter der „drei-Welten-Theorie" tun? Aber auch von ihnen werden sich die Völker nicht den revolutionären Kampf verbieten lassen. Das Leben selbst hat gezeigt: Nicht durch „friedliche Koexistenz" mit der Bourgeoisie, sondern nur durch den revolutionären Sturz der Ausbeuterklasse kann das Proletariat seine Befreiung erlangen. Nicht durch die Unterordnung unter die eine Supermacht kann die nationale Unabhängigkeit erstritten werden, sondern nur im konsequenten revolutionären Kampf gegen beide Supermächte, gegen jeden anderen Imperialismus und die einheimischen Reaktionäre.

Mit Bonns Unterstützung

Atomwaffentest der südafrikanischen Rassisten

Die Nachricht von einem bevorstehenden Atomwaffentest durch die südafrikanischen Rassisten hat den tiefen Haß der afrikanischen Völker gegen dieses verbrecherische Regime noch weiter verstärkt. Auf einer Konferenz gegen den Apartheid-Rassismus, die in Lagos, Nigeria, durchgeführt wurde, bekräftigten Vertreter der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika ihren festen Willen, den bewaffneten Kampf zur Befreiung Simbabwes, Namibias und Azanias von der Herrschaft der Rassisten fortzusetzen.

Ein Grußtelegramm, triefend von scheinheiligen Solidaritätskundgebungen, empfing die Konferenz aus Bonn. Zur gleichen Zeit warnte Außenminister Genscher die Vorster-Rassisten „eindringlich" vor der Entwicklung von Atomwaffen. Aber auf all diese Bekundungen geben die afrikanischen Völker längst nichts mehr. „Sie sind nur ein Lippenbekenntnis", sagte der OAU-Generalsekretär Mbomoua auf der Konferenz in Lagos. Denn die westdeutschen Imperialisten sind es, die gemeinsam mit der amerikanischen Supermacht die militärische Aufrüstung der Rassisten betreiben.

Allein im letzten Jahr lieferten sie Waffen im Wert von 240 Millionen Mark nach Pretoria, darunter „Milan"-Raketen und Kampfhubschrauber. Und wenn jetzt Genscher vor einer Atombewaffnung der Rassisten warnt, dann ist das nichts anderes als der Versuch, die Flucht nach vorn anzutreten. Wer hat denn dem Vorster-Regime die Entwicklung der Atombombe ermöglicht? Wie jetzt der frühere UNO-Beauftragte für Südafrika, Mc Bride, auf der Konferenz in Lagos erklärte, sind das die amerikanischen, westdeutschen und französischen Imperialisten gewesen.

Da ist zum Beispiel das für die Atomwaffenherstellung entscheidende Problem der Urananreicherung. Im Kernforschungszentrum Karlsruhe haben westdeutsche Wissenschaftler gemeinsam mit Experten des Vorster-Regimes ein entsprechendes Verfahren entwickelt. Und dieses Verfahren ist dann von der bundeseigenen STEAG in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Staatsfirma UCOR für eine Urananreicherungsanlage zur technischen Reife gebracht worden.

Die Bonner Imperialisten rüsten das rassistische Vorster-Regime bis an die Zähne auf, weil sie in diesem Regime den Garanten ihrer imperialistischen Interessen in Südafrika sehen. Ob VW oder Siemens, fast alle westdeutschen Monopole haben ihre Werke dort errichtet, ziehen aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter, die mit Niedrigstlöhnen abgespeist werden, Riesenprofite.

Der westdeutsche Imperialismus ist genauso ein Todfeind des Volkes von Azania wie es die beiden Supermächte sind. Deshalb muß er entschieden bekämpft werden und schließlich im bewaffneten Volkskrieg aus Südafrika vertrieben werden.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Internationales antifaschistisches Völkertreffen in Larzac

Korrespondenz. Im Geiste der internationalen Solidarität und des proletarischen Internationalismus fand vom 16.-22. August auf der Hochebene von Larzac/Frankreich ein internationales antifaschistisches Völkertreffen statt. Organisiert von der Republikanischen Konvention der Völker Spaniens (einer breiten Einheitsfront aller Spanier, die für die Republik kämpfen und an der sich auch die FRAP und die KP Spaniens/ML beteiligen) standen besonders die Berichte über den Kampf der Völker Spaniens gegen die faschistische Monarchie und für die Republik im Vordergrund.

An dem Treffen nahmen Freunde und Genossen aus Spanien, Frankreich, Belgien, England, der Türkei, des Iran, der Schweiz, Deutschland, Italien, Chile, Indonesien und zahlreichen anderen Ländern teil.



Auf den Forumsveranstaltungen wurde über den Kampf in den einzelnen Ländern gegen politische Unterdrückung, gegen den Imperialismus, gegen die EWG, und über den Kampf in den Betrieben berichtet und diskutiert. Dabei betonten die Sprecher immer wieder die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen den modernen Revisionismus und die opportunistische „Theorie der drei Welten".

Ergänzt wurden diese Informationsveranstaltungen durch eine Reihe von Kulturabenden, auf denen revolutionäre Lieder aus den einzelnen Ländern gesungen und Theaterstükke, Filme und Dia-Vorträge gezeigt wurden.

Mit den Genossinnen und Genossen unserer Bruderparteien, dabei besonders der KP Spaniens/ML und ihrer Jugendorganisation, der JCE/ML, führte eine Gruppe von Genossen und Sympathisanten der Partei und der RG eine Vielzahl von Diskussionen und Gesprächen. Das Lager von Larzac bedeutete für alle teilnehmenden Genossen nicht nur eine bessere Information über den Kampf in den einzelnen Ländern, sondern zahlreiche persönliche Freundschaften, besonders unter den Genossen der einzelnen marxistisch-leninistischen Parteien wurden geschlossen.

Das Treffen von Larzac, das getragen war vom Geiste des proletarischen Internationalismus, war ein weiterer Schritt vorwärts auf der Linie, die durch die internationalistischen Großveranstaltungen von Rom, Ludwigshafen, Athen und Lissabon vorgezeichnet war.

Hoch die internationale Solidarität!

Der Marxismus-Leninismus wird triumphieren!

Spanien wird morgen republikanisch sein!

Resolution an alle politischen Gefangenen

Liebe Genossen!

Die Teilnehmer des internationalen antifaschistischen Völkertreffens zur Unterstützung der Völker Spaniens, Genossen aus Spanien, Frankreich, Belgien, England, Türkei, Iran, Schweiz, Deutschland, Italien, Chile, Indonesien und anderen Ländern senden Euch revolutionäre Grüße. Wir alle, ob in Freiheit oder im Gefängnis, kämpfen für eine gerechte Sache, für die Befreiung der Völker von Imperialismus, Faschismus und Unterdrückung.

Wir werden siegen!

Hoch die internationale Solidarität!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Resolution, die am 18. 8. am Ende des Redebeitrags eines Genossen der KPD/ML von der Versammlung in Larzac durch Beifall angenommen wurde.

Portugal: 'Sparprogramm' verkündet
Kampf der Ausplünderung durch die Bourgeoisie

Der portugiesische Ministerpräsident Soares hat kürzlich ein „Sparprogramm" verkündet, das angeblich die tiefe Krise, in der sich die portugiesische Wirtschaft befindet, mildern soll. Dieses Programm ist in Wirklichkeit ein unverhüllter Angriff auf die Lebenslage der portugiesischen werktätigen Massen, die den Gürtel noch enger schnallen sollen, während den ausländischen Imperialisten, denKapitalisten und Großgrundbesitzern die Steigerung ihrer Profite garantiert wird. Daß das „Sparprogramm" die Handschrift der Bourgeoisie trägt, wird sofort klar, wenn man sich die einzelnen Maßnahmen dieses Programms etwas näher anschaut.

Durch Investitionshilfen sollen, wie „Bandeira Vermelha", das Zentralorgan der KP Portugals (Wiederaufgebaut), enthüllte, den Kapitalisten 100 Millionen Contos in den Rachen geworfen werden und den Großgrundbesitzern immerhin 20 Millionen Contos und das Land, das die Bauern in den vergangenen Jahren besetzt hatten, um es selbst zu bebauen. Auf die Werktätigen dagegen kommen neue Belastungen zu. So soll unter anderem der Benzinpreis drastisch erhöht werden. Außerdem wird den Kapitalisten das Recht zugestanden, falls sie sich in „finanziellen Schwierigkeiten" befinden, die Löhne der Arbeiter zu kürzen. Es zeigt sich also klar, daß das sogenannte Sparprogramm Soares besser den Namen Raub- und Ausplünderungsprogramm auf Kosten der werktätigen Massen verdient hätte.



Der Kampf der portugiesischen Arbeiter gegen die Ausbeutung, die Einschränkung der demokratischen Rechte und den Raub der Errungenschaften des 25. April 1974 verstärkt sich immer mehr.

Geradezu zynisch ist es allerdings, wie Soares vor der Presse sein Programm zu rechtfertigen versuchte. Frech erklärte er: „Wir konsumieren mehr als wir produzieren."

Werfen wir einen Blick auf die Wirklichkeit.

Im vergangenen Jahr begrenzte die Regierung die Lohnsteigerungen durch Gesetz auf maximal 15%. Wie aber allein die offiziellen Statistiken beweisen, liegt die Inflationsrate bei ca. 25%. Tatsächlich ist sie noch weit höher und hat bereits zwischen 40 und 50% erreicht. Der Preis für das Grundnahrungsmittel Kartoffeln stieg im Vergleich zum vergangenen Jahr auf das Doppelte. Weißkohl ist heute dreimal so teuer wie 1976. Dazu kommt eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Europa (12,6%). Es ist klar, daß unter diesen Umständen keine Rede davon sein kann, daß die werktätigen Massen in Portugal „zuviel konsumieren". Im Gegenteil, sie sind gezwungen, sich mehr und mehr einzuschränken, und viele von ihnen leben, wie ein Gang durch die Slums von Lissabon zeigt, in Elend und Not.

Die schwere Lage, in der sich die portugiesischen Werktätigen befinden, ist das Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung und der Abhängigkeit des Landes vom Imperialismus, hauptsächlich von den amerikanischen und westdeutschen Monopolen.

Aber angesichts der Angriffe der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates erheben sich die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen immer entschlossener zum Kampf. Die Streiks der Metall- und Textilarbeiter sowie der Werktätigen vieler anderer Branchen in der letzten Zeit haben das deutlich bewiesen.

Wegweisend in diesem Kampf sind die Losungen der KP Portugals (W), die auf ihrem II. Parteitag die Arbeiterklasse und das ganze portugiesische Volk aufgerufen hat, entschlossen gegen die Bourgeoisie und ihre Handlanger, gegen die ausländischen Imperialisten und die NATO zu kämpfen, um die Errungenschaften des 25. April 1974, als der Faschismus gestürzt wurde, zu verteidigen und voranzuschreiten auf dem Weg des Kampfes für ein Portugal, in dem das Volk herrscht und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Neue Kämpfe im Baskenland
Barrikaden in San Sebastian

Juan Carlos, König von Washingtons und Francos Gnaden, der nicht müde wird, scheinheilig zu beteuern, er werde Spanien zur „Demokratie" führen, hat erneut bewiesen, daß das Regime, dessen oberster Repräsentant er ist, nichts anderes als die Fortsetzung der faschistischen Diktatur Francos ist. Tausende von schwerbewaffneten Polizisten überfielen am 20., 21. und 22. August die baskischen Werktätigen, die in den Straßen der Stadt San Sebastian demonstrierten.

Die Kämpfe entzündeten sich nach der Verhaftung eines nach Frankreich emigrierten baskischen Patrioten durch die französische Polizei. Als das monarchofaschistische Regime seine Auslieferung forderte und ihn die französische bürgerliche Klassenjustiz deshalb vor Gericht stellte, versammelten sich am 20. August über 15.000 Menschen in den Straßen von San Sebastian, zogen vor das französische Konsulat und forderten die sofortige Freilassung des baskischen Patrioten.

Vor dem Konsulat trafen die Demonstranten auf die faschistische Polizei. Um die Demonstration auseinanderzutreiben, setzte die Polizei Gummiknüppel und Rauchbomben ein. Die Demonstranten dachten allerdings gar nicht daran, kampflos abzuziehen. Sie wehrten sich mutig gegen den brutalen Terror der Polizei und errichteten Barrikaden aus Autos, Stühlen und Tischen. Bei den Kämpfen wurden ein junges Mädchen von der Polizei schwer, weitere 20 Demonstranten leicht verletzt. Aber auch mehrere Polizisten, die den gerechten Zorn der werktätigen Massen zu spüren bekamen, wurden verwundet.

Die Demonstrationen in San Sebastian waren damit nicht beendet. Schon am nächsten Tag versammelten sich erneut 20.000 Menschen in den Straßen der Stadt, um vor das französische Konsulat zu ziehen. Und auch in den darauffolgenden Tagen wurden die machtvollen Demonstrationen fortgesetzt.

An den Demonstrationen haben sich auch die Genossen der Kommunistischen Partei Spaniens/ML und der FRAP (Revolutionäre Antifaschistische Patriotische Front) beteiligt. Als am 21. August ein Genosse von der Polizei verhaftet und in Einzelhaft gesteckt wurde, weil er Mitglied der FRAP sein soll, forderten die Demonstranten am darauffolgenden Tag auch seine Freilassung.

Während die Marxisten-Leninisten und wahrhaften Revolutionäre die Demonstrationen in San Sebastian mit aller Kraft unterstützten, lieferte die revisionistische Clique um Santiago Carrillo und Dolores Ibarruri ein erneutes Beispiel des schmählichsten Verrats. Dadurch, daß diese Verräter dazu aufriefen, die Demonstrationen zu boykottieren, kamen sie dem Regime zu Hilfe und rechtfertigten den Terror der Polizei gegen die Demonstranten.

Gerade in der letzten Zeit hatte das Regime in Zusammenhang mit der Liberalisierungsfarce auch den Eindruck zu erwecken versucht, daß es alle Anstrengungen unternimmt, die besondere Rechtlosigkeit der unterdrückten Nationalitäten des Baskenlandes, Kataloniens und anderer Provinzen Schritt für Schritt abzubauen. Die Autonomiestatute und Verhandlungen, die das Regime anbietet und die die volle Unterstützung auch der revisionistischen Verräter haben, sind aber nur ein Bluff, um den Kampf der Volksmassen abzuwürgen. Von den Kämpfen erschreckt, schickte das Regime deshalb auch sofort seinen Außenminister nach San Sebastian, der dort demagogisch verkündete, Suarez, der spanische Ministerpräsident, sei zu Verhandlungen über ein Autonomiestatut bereit.

Tatsächlich ist es jedoch das Regime Juan Carlos, das auch heute die Völker Spaniens mit faschistischem Terror unterdrückt. Niemals kann man sich von ihm die Befreiung erhoffen. Der Kampf der unterdrückten Nationalitäten Spaniens ist deshalb untrennbar mit dem revolutionären Kampf für den Sturz der Monarchie und die Errichtung der Föderativen Volksrepublik als erstem Schritt zum Sozialismus verbunden. Geführt von ihrer revolutionären Vorhutpartei, der KP Spaniens/ML, und zusammengeschlossen in der FRAP, werden sich die Völker Spaniens erheben und der jahrzehntelangen faschistischen Unterdrückung ein Ende machen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Verwüstete Felder, Häuser, Dörfer

Flutkatastrophe im Ibratal

Am Montag nachmittag (22. 8.) brach der Damm des Seeparks Kirchheim in der Nähe von Bad Hersfeld. Eine drei Meter hohe Flutwelle wälzte sich durch das Ibratal und verwüstete die Ortschaften Reimboldshausen, Gershausen, Niederaula, Kirchheim, Kleba und Hattenbach. Maschinen, Gebäude, Kühe, Schweine und Kleinvieh ertranken in den Fluten. Ganze Wohnungseinrichtungen wurden zerstört. Viele Bauern verloren einen Großteil ihrer Ernte, ganz zu schweigen von der Verwüstung fruchtbaren Ackerbodens durch die Wassermassen. Die Arbeit oft vieler Jahre wurde vernichtet. Der vorläufige Schaden beläuft sich auf 30 Millionen DM.

Kaum jedoch waren See und Anlage eingeweiht, zeigte sich, daß der Absperrdamm undicht war. Kein Wunder, denn es handelte sich lediglich um einen Erdwall, dessen Fuß an der Seeseite nur durch Zementformsteine „befestigt" war. So sickerte durch den Damm ständig Wasser. Manchmal so viel, daß der Wasserspiegel des Sees stündlich um drei cm fiel. Schließlich wurde der Wasserverlust des Sees so groß, daß sich die verantwortlichen Behörden — das Bürgermeisteramt und der Landkreis — gezwungen sahen, etwas zu unternehmen. Aber die Amateurtaucher, die sie von der DLRG engagierten und Zementsäcke in die undichten Stellen stopfen ließen, waren natürlich nicht in der Lage, den Damm völlig abzudichten.

Der Regen der letzten Wochen tat schließlich sein übriges: Schon Tage vor dem Bruch hatten Bauern aus dem Damm kommendes Sickerwasser gemeldet. Am Morgen des Unglückstages alarmierten zwei von ihnen sogar das Bürgermeisteramt, weil die Lage bedrohlich wurde. Aber erst um 13 Uhr wurde Alarm gegeben, so spät, daß manche Bewohner erst eine Minute vor dem Dammbruch von der Gefahr, in der sie schwebten, informiert wurden und sich retten konnten.

Aber abgesehen davon, hätte es gar nicht zu dem Dammbruch zu kommen brauchen, wenn rechtzeitig, als die Gefahr vor Wochen offensichtlich geworden war, das Wasser aus dem See abgelassen worden wäre. Dies allerdings hätte an die Interessen der Besitzer der Ferienanlage gerührt,



Reimboldshausen von der Flutwelle verwüstet

Für die Bewohner des Ibratales kam die Katastrophe nicht überraschend. Sie hatte sich schon lange vorher angekündigt. Der Seepark Kirchheim wurde angelegt, um eine Touristenattraktion zu schaffen. Gefördert vom Kirchheimer Bürgermeister Kimpel wurde der Damm in nur 185 Tagen in Schnellbauweise hochgezogen und an den Ufern des neuen, künstlichen Sees eine sogenannte Ferienanlage aus einem Hotel und 150 Ferienhäusern errichtet. Schon in diesem Sommer brachte diese Anlage den Besitzern immerhin 100.000 DM Umsatz pro Woche. Für dieses profitträchtige Projekt flossen nicht nur Steuergelder, sondern wurde auch einer der landschaftlich schönsten Teile des Ibratales im Wasser begraben.

hätte ihren Profit durch den Ausfall einiger Ferienwochen empfindlich geschmälert. Deshalb ließ der Bürgermeister entsprechende Forderungen der Talbewohner unbeachtet und vertröstete sie auf den Herbst — das Ende der Feriensaison.

Jetzt, nachdem das Unglück passiert ist, heucheln die Verantwortlichen „Bestürzung", sprechen von „schneller" Hilfe und versprechen demagogisch eine „genaue Untersuchung". Aber um die Schuldigen zu finden, braucht man nicht lange zu suchen: Es sind der Bürgermeister, der Landrat und die Besitzer der Ferienanlage, die im Interesse des Profits das Leben Hunderter von Menschen gefährdeten und eine Katastrophe heraufbeschworen, die Millionenschäden angerichtet hat.

1300 Polizisten und zwei Wasserwerfer gegen 212 Demonstranten

Am 23. 8. 77 räumten 1.300 Polizisten, 1.100 Uniformierte und 200 Kriminalbeamte das sogenannte „Anti-Atom-Dorf" in Grohnde. Sie umzingelten im Morgengrauen das Lager der Demonstranten und sperrten sogar die Bundesstraße 83 in mehreren Kilometer Entfernung vom Kernkraftwerksgelände unter anderem mit Straßensperren aus Containern ab. Nachdem die Polizisten den Platz geräumt hatten, wobei sie gegen einzelne Demonstranten teilweise mit brutaler Gewalt vorgingen, wurde jeder, der auf dem Platz Anwesenden, auch ein 6jähriges Kind, von der Polizei registriert.

Bereits am Tag nach der Räumung wurden den Demonstranten von der niedersächsischen Regierung nicht nur zahlreiche Strafverfahren angedroht. Es wurde auch angekündigt, daß alle auf dem Platz anwesenden



1.300 Polizisten gegen 212 Kernkraftswerksgegner in Grohnde

Personen den Polizeieinsatz bezahlen müßten! Dieser Polizeieinsatz gegen die Demonstranten in Grohnde zeigt bereits heute, was von dem Baustopp für das Kernkraftwerk, der vor einiger Zeit gerichtlich verfügt wurde und Mitte Oktober beginnen soll, zu halten ist. Er wird die Preußenelektra

nicht im geringsten daran hindern, ihre Pläne zum Bau des Kernkraftwerkes durchzusetzen. Bereits jetzt, wenige Tage nach der Räumung des Geländes, ist das gesamte Gebiet von einem Zaun umgeben; die Vorbereitungen für den Bau haben begonnen.

Die Tagebücher Goebbels - eine faschistische Provokation

Die Flut der Propaganda zur Verherrlichung des Hitlerfaschismus reißt nicht ab. Erinnerungen, Tagebücher und angebliche Dokumentationen überschwemmen den Markt. In den Kinos ist der Film von Joachim Fest angelaufen, und das Fernsehen bringt verständnisvolle sogenannte Dokumentarfilme über den Massenmörder Heydrich und den Verrätergeneral Wlassow, der auf die Seite der deutschen Faschisten überlief. Und jetzt hat der „Stern" einem der größten Verbrecher der deutschen Geschichte, dem Volksverhetzer, zügellosen rassistischen und antikommunistischen Demagogen und Kriegstreiber, dem Schreibtischmörder Josef Goebbels seine Spalten geöffnet.

Unter dem Deckmantel eines „erregenden Dokumentes der Zeitgeschichte" werden Auszüge aus dem Tagebuch Goebbels veröffentlicht. Und natürlich darf auch diesmal nicht der Hinweis darauf fehlen, dies alles diene dem Zweck, die Hintergründe des Faschismus zu „erklären". Dabei scheuen sich die Schreiberlinge des „Stern" nicht einmal, Goebbels zur „tragischen Figur" zu machen.

Schon die erste Folge der Auszüge aus den Tagebüchern zeigt, daß hier unverhüllte faschistische Propaganda betrieben wird. Schließlich waren die Goebbelsschen Tagebücher nicht dazu bestimmt, in den Archiven zu verstauben, sondern dazu, veröffentlicht zu werden. Jetzt, 33 Jahre nachdem sich dieser Verbrecher durch Selbstmord seiner gerechten Strafe entzog, übernimmt es der „Stern", dieses faschistische Machwerk ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Übernimmt es der „Stern", die Durchhalteparolen Goebbels, seine rassistische Hetze, seine Verleumdungen und Lügen über den Kommunismus und die Rote Armee Stalins, die Rechtfertigung der faschistischen Verbrechen usw. in voller Länge abzudrucken.

Das hat System und wird mit Methode betrieben. Die Tagebücher Goebbels und die braune Flut, die in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film und Büchern präsentiert wird, sind die Begleitmusik der deutschen Monopolbourgeoisie für die erneute Vorbereitung einer faschistischen Diktatur in unserem Land, für die Mobilmachung zu einem neuen imperialistischen Krieg an der Seite der amerikanischen Supermacht, von dem sich die Monopolherren die Verwirklichung ihrer alten, schon zweimal gescheiterten Pläne versprechen.

Der Schoß, der einen Hitler und einen Goebbels hervorbrachte, ist auch heute noch fruchtbar, denn die Klasse, in deren Auftrag sie ihre Verbrechen begingen, die deutsche Monopolbourgeoisie, herrscht auch heute noch in unserem Land.

Die faschistische Propaganda muß entschieden bekämpft werden, denn sie ist eine Provokation gegen die Werktätigen unseres Landes und soll den Boden für die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur bereiten.

SS marschiert ...

Die SS marschiert wieder. Ungehindert und provokativ können sich die Angehörigen dieser Verbrecherorganisation des Hitlerfaschismus wieder versammeln, Kameradentreffen und Erinnerungsabende abhalten. So auch im September 1976 in Würzburg. Wer allerdings gegen diese Zusammenrottungen demonstriert, dem kann es passieren, daß er von der bürgerlichen Klassenjustiz verurteilt und sogar ins Gefängnis gesteckt wird.

Ein solch skandalöses Urteil hat jetzt ein Würzburger Gericht gefällt. Als sich im September 1976 die Angehörigen der Waffen-SS in Würzburg zu einem „Kameradentreffen" versammelten, waren zahlreiche empörte Werktätige auf die Straße gegangen. Unter ihnen auch eine Zigeunerfamilie, die die Verbrechen der SS am eigenen Leibe erfahren hatte. Für ihre Beteiligung an der Demonstration wurde sie jetzt vor Gericht gestellt. Angeblich hätte sie Landfriedensbruch begangen und Teilnehmer des SS-Treffens mit „Fäusten und Stöcken" angegriffen.

Das Urteil ist unerhört: Neun Monate Gefängnis **ohne Bewährung** für zwei Mitglieder der Familie, sechs Monate Gefängnis mit Bewährung für ein weiteres Mitglied, eine „scharfe Verwarnung" für einen Jugendlichen. So also schützen die Organe des bürgerlichen Staates die Freiheit der faschistischen Banden. Sie werden aber den Kampf der Werktätigen gegen die von der herrschenden Klasse geförderten faschistischen Umtriebe nicht verhindern können.

Tod dem Faschismus!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Rutenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.